



Nr. 44

März 2024

Rastatter Freiheitsbote

Denkmal für den Freiheitskämpfer Ernst Elsenhans, Rastatt



175 Jahre Revolution

Veranstaltungen der Erinnerungsstätte
im Jubiläumsjahr

Interview mit dem Direktor der Stiftung
Orte der deutschen Demokratiegeschichte

Wie der Bundestag an 1848/49 erinnert



Gemeinsam die Zukunft im Blick.

Sprechen Sie mit uns.
www.spk-rastatt-gernsbach.de

LB BW **LBS** **SV Sparkassen
Versicherung**

Weil's um mehr als Geld geht.



**Sparkasse
Rastatt-Gernsbach**

Aus dem Inhalt

Grußwort.....	3
Republikanisches Bankett in Schloss Bellevue	4
Jahrestagung des Jubiläumsnetzwerks	8
Rede zur Kranzniederlegung	11
Tun wir was dazu	13
Die Modernität von 1848/49.....	14
Mission Demokratieggeschichte	18
„Auf dem Weg zur modernen Demokratie“.....	22
Carl-Schurz-Vorlesung.....	23
Jahresprogramm 2024	24

Meilensteine der deutschen Demokratieggeschichte...	26
Denkmal der standrechtlich Erschossenen.....	30
Jubiläum Badische Revolution 1848/49	32
Die Revolution verschlingt ihre Kinder.....	33
Der Säbel von Konrad Heilig.....	34
Barrikadengemälde und Säbel	36
Die Rastatter Prozesse	38
Historische Dimensionen von Freiheit entdecken.....	40
Zu Gast in der Erinnerungsstätte	42
Freiheitskolumne	46
Terminhinweise / Beitrittsformular.....	48

Liebe Freundinnen und Freunde der Freiheit,

Frühjahr 2024 – Bürger*innen unterschiedlichster Einstellungen und Herkunft gehen deutschlandweit gemeinsam für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte auf die Straße. Ein breiter, vielfältiger Querschnitt der Gesellschaft will damit ein Zeichen setzen. Der Anlass war freilich entsetzlich. Nach (zu) vielen rassistisch und antisemitisch motivierten Vorfällen in den letzten Jahren, wurden nun im rechtskonservativen bis rechtsextremen Umfeld ganz offen Pläne zur Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen diskutiert. Das erinnert an nationalsozialistisches Gedankengut.

Noch wiederholt sich die Geschichte nicht, die Vielen stehen dagegen. Sie erleben – auf eine etwas andere Weise als die Vorkämpfer*innen von 1848/49 –, dass man sich für seine Überzeugungen und Werte engagieren muss, dass man sie sich täglich neu erkämpfen muss. Es ist unbestritten, dass der Niedergang der Weimarer Demokratie nicht nur auf ihre Feinde, sondern auch auf das fehlende „gemeinsame Einstehen“ ihrer Unterstützer zurückzuführen ist.

Spätestens an dieser Stelle wird die Bedeutung von Erinnerung an die Entstehung von Demokratie und Menschenrechten offenkundig: Erfahrungen von Erkämpfen, Etablieren und Erleiden von Gefährdungen dieser Grundlagen unserer offenen Gesellschaft können in diesen Zeiten ein wichtiger Beitrag für das Handeln im Alltag sein.

Es kommt dabei auf mehr an als eine Teilnahme an einer Demonstration: Es braucht Orte der Demokratiegeschichte. Das hat der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann 1970 bei der Schaffermahlzeit in Bremen formuliert: „Aber nichts kann uns hindern, in der Geschichte unseres Volkes nach jenen Kräften zu spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.“ Das ist der Initialmoment für die Erinnerungsstätte in Rastatt, die dann 1974 eröffnet wurde und dieses Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum feiert. Herzlichen Glückwunsch! Gustav Heinemann hat der Erinnerungsstätte bei der Eröffnung im Juni 1974 einen Wunsch mit auf den Weg gegeben: „Sie soll kein totes Museum sein, sondern eine lebendige Stätte der Anschauung und Begegnung.“ Und nach diesem Motto hat die Erinnerungsstätte in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige Angebote zur Demokratiegeschichte erarbeitet; dazu gehörten und gehören die intensive Zusammenarbeit mit



Schulen, die vielen ehrenamtlichen Geschichtsvermittler*innen, Wechselausstellungen, Vorträge und die regelmäßige Carl-Schurz-Vorlesung am 23. Juli. Die Erinnerungsstätte ist zu einem überregional beachteten und geschätzten Ort der Demokratieerinnerung geworden. Hinzugekommen ist in den letzten Jahren die Vernetzung mit anderen Orten. Die *Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte* wurde von Rastatt aus mit auf den Weg gebracht. Aufgegriffen wurde dieser Netzwerkgedanke von der Politik und die *Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte* beschlossen, dessen Gründungsdirektor, Dr. Kai-Michael Sprenger, im Herbst 2023 begonnen hat. Warum diese Stiftung gerade heute nötig ist, welche Ziele sie verfolgt und welche Rolle die Erinnerungsstätte in diesem Netzwerk einnehmen kann, lesen Sie im Interview mit ihm in dieser Ausgabe. Die Verbindung zu Rastatt wird eng sein, denn der Geschäftsführer des Fördervereins wurde als einer der zwölf wissenschaftlichen Beiräte der Stiftung berufen. Und Sie finden Beiträge, wie der Bundestag an 1848/49 erinnert.

So gesehen stehen die Zeichen gut, das Gedenkjahr an 175 Jahre Revolution 1848/1849 und den 50. Geburtstag der Erinnerungsstätte erfolgreich anzugehen. Das im letzten Jahr Geleistete finden Sie in dieser Ausgabe ebenso wie den Ausblick auf das Doppeljubiläum. Gut wenn Sie dabei sind!

*Gunter Kaufmann, Prof. a.D.,
Vorsitzender des Fördervereins*

*Dr. Clemens Rehm,
ehrenamtlicher Geschäftsführer*

Jubiläum 1848/49: Republikanisches Bankett in Schloss Bellevue



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Prof. Dr. Sir Christopher Clark, Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix, Dr. Elisabeth Thahofer, Gunter Kaufmann und Dr. Clemens Rehm (v.l.n.r.).

Foto: Kaufmann

Am 17. März 2023 veranstaltete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seinem Amtssitz in Schloss Bellevue ein Republikanisches Bankett im Andenken an die Revolution von 1848/49. Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte war mit einer Delegation vertreten. Im Folgenden wird die Rede des Bundespräsidenten leicht gekürzt wiedergegeben:

[...]

Heute, an diesem Vorabend des 18. März, wollen wir hier in Bellevue gemeinsam an die Frauen und Männer erinnern, die vor 175 Jahren in Berlin auf die Barrikaden gingen und den König dazu brachten, das übermächtige preußische Militär zurückzurufen und seinen Hut vor den Opfern der Gewalt zu ziehen. Und wir wollen an jene erinnern, die damals in den Ländern des Deutschen Bundes und in anderen Staaten Europas aufstanden, um gegen Unfreiheit, Unterdrückung, Armut und Hunger zu kämpfen. Viele von ihnen bezahlten ihren Mut mit dem Leben, viele wurden als innere Feinde verfolgt, ihrer Rechte beraubt, ins Gefängnis gesperrt oder ins Exil getrieben.

Nicht zuletzt wollen wir heute Abend daran erinnern, dass der Kampf für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie schon vor 175 Jahren eine europäische Angelegenheit war. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass auch Freundinnen und Freunde aus den Republiken Frankreich, Öster-

reich und Polen bei uns sind – bienvenue, herzlich willkommen, serdecznie witamy!

Und ich freue mich natürlich, liebe Gäste, dass Sie alle heute hier sind: engagierte Bürgerinnen und Bürger aus vielen Teilen unseres Landes, Repräsentanten der Verfassungsorgane, Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Preisträgerinnen und Preisträger meines Geschichtswettbewerbs für die Schulen, Historikerinnen und Journalisten, Schauspielerinnen und Schriftsteller. Was für eine wunderbare republikanische Tischgesellschaft, in Vielfalt geeint! Seien Sie alle ganz herzlich willkommen zu diesem schönen Abend!

Sie wollten ein Bankett; aber sie werden nicht mal die Krümel davon bekommen, mit diesen Worten kommentierte Louis-Philippe, der sogenannte Bürgerkönig der Franzosen, das Verbot eines Festessens der liberalen und demokratischen Opposition in Paris.

Aber, nach dem schönen deutschen Sprichwort, Hochmut kommt vor dem Fall! Als seine Regierung wenig später auch das für den Abend des 22. Februar 1848 geplante Bankett untersagte, entzündete sie ein Pulverfass: Studenten, Arbeiter, Handwerker zogen protestierend durch die Straßen, bauten Barrikaden, stürmten am nächsten Morgen das Schloss. Die Revolutionäre zwangen den König zum Abdanken – und riefen die Zweite Französische Republik aus.

Die Nachrichten aus Paris brachten den Kontinent in Bewegung. Überall standen Menschen auf, um für ihre Rechte und für nationale Selbstbestimmung zu kämpfen; überall brachten sie die alten Regime ins Wanken – in den Staaten des Deutschen Bundes, zu dem auch Österreich und Böhmen gehörten, in Italien, Ungarn und in Polen.

Der Völkerfrühling, der damals aufblühte, war der Beginn unserer nationalstaatlichen Demokratien in Europa. Gerade wir Deutsche wissen: Die Idee der Nation wurde später in Teilen Europas auch zur Quelle eines aggressiven Nationalismus, der Überlegenheitswahn, Großmachtstreben, Ausgrenzung, Krieg und Gewalt mit sich brachte. Aber schon vor 175 Jahren gab es in Europa viele Menschen, für die nationale Einheit nicht nur untrennbar mit demokratischer Freiheit im Innern verbunden war, sondern die sich auch für ein Europa einsetzten, in dem freie Nationen friedlich zusammenleben.

Nationale, aber auch europäische Einigkeit in Recht und Freiheit: Ich finde, wir tun gut daran,

uns auf diese Ideale des Völkerfrühlings neu zu besinnen. Sie sind es, die uns in Europa bis heute verbinden und ziemlich stark machen!

Im März 1848 wagten Menschen nicht nur hier in Berlin, sondern an vielen Orten des Deutschen Bundes den Aufbruch zur Freiheit – in Baden, in Württemberg, Hessen und Bayern, in Sachsen, im Rheinland; in Karlsruhe, Köln, Leipzig, Offenburg, Heidelberg, Freiburg und Hamburg. In den Städten und auf dem Land, überall versammelten sich Männer und auch Frauen. Studenten, Gesellen und Lehrlinge; Anwälte, Ärzte, Lehrer und Redakteure; Handwerker, Arbeiter, Bauern und Tagelöhner brachten ihre Empörung über Monarchen, Bürokraten oder Fabrikherren zum Ausdruck, protestierten gegen Elend und Obdachlosigkeit, kämpften für große Ideale und manchmal auch nur für das Recht, abgefallene Äste auf dem Boden der fürstlichen Wälder als Brennholz zu sammeln. Überall diskutierte man liberale, demokratische, auch soziale Märzforderungen und stimmte über Petitionen ab – in Berlin nur wenige hundert Meter östlich von hier, in den alten Ausflugslokalen im Tiergarten.

Presse- und Versammlungsfreiheit, unabhängige Gerichte, ein nationales Parlament, das war damals so etwas wie der kleinste gemeinsame Nenner der Oppositionellen. An vielen Orten breitete sich aber auch echte republikanische Begeisterung aus. Der badische Journalist Ernst Elsenhans schrieb: In den Kammern und Clubs, in Zeitungen und Volksversammlungen, auf den Bierbänken und sogar von den Kanzeln herab ward es verkündet – die neue Botschaft, dass nicht ein einzelner von Gottesgnaden, sondern das Volk souverän oder wie wir Leute sagen: Herr im Hause sei.

Den vielen Frauen und Männern, die im März 1848 auf Straßen und Plätzen für ihre Rechte eintraten, ihrem Mut und ihrem Freiheitswillen ist es zu verdanken, dass in Frankfurt am Main wenig später das Vorparlament und die deutsche Nationalversammlung zusammentreten konnten – am 18. Mai werden wir in der Paulskirche an dieses Ereignis erinnern dürfen; wir freuen uns darauf. Was für ein Erfolg nach den langen Jahrhunderten tiefster Erniedrigung, wie Gustav Struve es formulierte!

Wir wissen, die Revolution scheiterte damals, auf den Barrikaden und in den Parlamenten. Die alten Mächte gewannen bald in ganz Europa wieder die Oberhand; Polizei und Militär gingen mit äußerster Brutalität gegen Demokraten vor; in Dresden, Wien und Rastatt wurden die Achtundvierziger vernichtend geschlagen. Es war das blutige Ende der damaligen Hoffnungen auf die Demokratie. Aber der Geist der Freiheit war in der Welt, und er ließ sich von keinem Obrigkeitsstaat und von keiner Diktatur mehr ersticken.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigt das 175. Jubiläum der Revolution von 1848/49 mit einem Republikanischen Bankett.

Foto: BArch, B 145 Bild-00525680

Im März 1848 war die politische Öffentlichkeit aufgeblüht; Männer und Frauen hatten Klubs und Vereine gegründet, Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, Flugblätter, Briefe, Lieder, Gedichte geschrieben; viele hatten sich zum ersten Mal getraut, vor größerem Publikum zu sprechen; der Widerstreit der Meinungen, die Lust auf Debatte war entfacht.

Und gerade auch Frauen eroberten sich damals den öffentlichen Raum – und das, obwohl ihnen ihre politischen Rechte weiterhin vorenthalten wurden. Kathinka Zitz-Halein, Malwida von Meysenbug, Louise Aston, Mathilde Anneke, Louise Otto-Peters, sie alle wurden im politischen Leben sichtbar und hörbar, forderten gleiche Rechte und bahnten der Frauenbewegung den Weg.

Ich bin überzeugt: Diese Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger macht die Märzrevolution zu einem der wirklich wichtigen Ereignisse unserer Demokratiegeschichte. Auf den Straßen und in den Parlamenten erwachte damals ein neuer Bürgermut, ein neues demokratisches Selbstbewusstsein. Überall gab es Menschen, die ihre Lage nicht länger als gottgegeben hinnehmen wollten; die mit



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bringt anlässlich des Republikanischen Banketts ein Hoch aus „Auf unsere Republik! Auf die Demokratie in Europa! Auf Einigkeit in Recht und Freiheit!“

Foto: BArch, B 145 Bild-00525685

Leidenschaft für neue Ideen stritten; die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen – für sich, für andere, für das Gemeinwesen.

Und auch wenn sie ihre Ziele damals nicht erreichten: Vergeblich war ihr Kampf nicht. Denn die Ideale der Achtundvierziger lebten weiter – in den Landtagen und später auch im Reichstag; in Vereinen und Verbänden; in der Arbeiter- und der Frauenbewegung; nicht zuletzt im Exil, vor allem in den USA.

Und diese Ideale lebten später wieder auf – in der Novemberrevolution von 1918, in der Weimarer Reichsverfassung und der ersten deutschen Republik; im Widerstand gegen die Nazis; nach der Befreiung 1945 in den demokratischen Parteien in der Westzone und im Bonner Grundgesetz; 1989 in den Friedlichen Revolutionen in der DDR, in Polen, Ungarn, im Baltikum und der Tschechoslowakei.

Vieles von dem, wofür Liberale und Demokraten im März 1848 und in den Monaten danach noch vergeblich stritten und kämpften, gehört heute zum festen Fundament unserer Republik und unserer in Vielfalt geeinten Europäischen Union. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir an diesem Wochenende hier in Berlin ein großes Fest der Demokratie feiern, zu Ehren der Achtundvierziger. Und ich wünsche mir, dass der 18. März auch darüber hinaus einen besonderen Platz in unserem

kollektiven Gedächtnis bekommt, nicht nur in der Hauptstadt, sondern in ganz Deutschland. Unsere Parlamente im Bund und in den Ländern, meine ich, sollten sich erneut damit beschäftigen.

Denn der 18. März ist ein besonderer Tag der deutschen Demokratiegeschichte. An diesem Tag erinnern wir uns auch an die deutschen Jakobiner, die 1793 schon in Mainz die erste Republik auf deutschem Boden errichteten. Und wir erinnern an die erste freie Volkskammerwahl der DDR im Jahr 1990. Der 18. März steht für Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit, er steht für das Herzstück der deutschen Demokratie. Er steht für demokratische Zuversicht – und vielleicht und hoffentlich auch für den Aufbruch in Zeiten des Umbruchs.

Für mich ist der 18. März der Tag des Bürgermuts. Es ist ein Tag, den wir an vielen Orten unseres Landes feiern sollten. Und dem wir gerade jetzt, in dieser Zeit des Krieges und der Veränderungen, mehr Aufmerksamkeit schenken sollten!

Wir erleben seit mehr als einem Jahr, wie die Ukraine, ein souveräner demokratischer Staat in Europa, von Russland mit einem brutalen Angriffskrieg überzogen wird. Und wir erleben seit vielen Jahren, wie Demokratie und Rechtsstaat von antiliberalen Kräften angefeindet und bekämpft werden – weltweit, in Europa und auch bei uns in Deutschland.

Unsere Demokratie muss heute eine wehrhafte Demokratie sein. Sie braucht starke, abwehrbereite Institutionen. Sie braucht kraftvolle Symbole und Menschen, die diese Symbole auch pflegen. Schwarz, Rot und Gold, das sind die historischen Farben unserer Demokratie. Lassen wir nicht zu, dass diese Farben heute von Verächtern der Demokratie missbraucht werden!

Unsere wehrhafte Demokratie braucht aber vor allen Dingen selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung übernehmen, die sich in der Gesellschaft und in den demokratischen Institutionen für Gerechtigkeit und ein gutes Miteinander der Verschiedenen einsetzen. Wir, die Bürgerinnen und Bürger, müssen unsere Demokratie verteidigen und jeden Tag immer wieder mit Leben füllen.

Ich bin überzeugt: Es ist die Erinnerung an unsere Demokratiegeschichte, aus der wir jetzt Mut, Kraft und Zuversicht schöpfen können, in Deutschland und hoffentlich in ganz Europa. Auch deshalb freue ich mich, dass wir in zwei Monaten in der Paulskirche an das erste gesamtdeutsche Parlament und seine liberale Verfassung erinnern werden.

1849, als alles schon verloren schien, schrieb der Schriftsteller und Demokrat Arnold Ruge in einem Brief an die Berliner: Der Wille freier Männer ist unbesiegbar. Dass auch der Freiheitswille der Frauen unbesiegbar ist, das führen uns viele, auch die vielen mutigen Iranerinnen, die gegen ihre Unterdrückung und Unterdrückung protestieren, jeden

Tag, jede Woche vor Augen. Deshalb sagen wir heute: Der Wille freier Menschen ist unbesiegbar. Und davon bin ich nach wie vor überzeugt, allen schrecklichen Niederlagen und Rückschlägen zum Trotz. Es ist dieser Wille zur Freiheit, der unsere Demokratien stark macht, stärker als jede Diktatur.

Heute Abend wollen wir den republikanischen Geist der Märzrevolution ein bisschen wieder aufleben lassen. Hélène Miard-Delacroix und Christopher Clark werden uns später mit einem Toast beehren; Katharina Thalbach wird Louise Otto-Peters zu uns sprechen lassen und Auszüge aus dem Extrablatt der Freude vom 20. März 1848 vortragen; die Capella de la Torre wird Lieder aus dem Vormärz für uns spielen und singen – und wir wollen, nicht zuletzt, gemeinsam essen und trinken und an den Tischen miteinander ins Gespräch kommen.

Zuerst aber wollen wir anstoßen, wie es sich für ein echtes Banquet républicain gehört: Auf unsere Republik! Auf die Demokratie in Europa! Auf Einheit in Recht und Freiheit!

Quelle: www.bundespraesident.de

*Abdruck mit freundlicher Genehmigung
des Bundespräsidialamtes.*

Der Förderverein nimmt in dankbarer Erinnerung Abschied
von seinem langjährigen Mitglied und Weggefährten

Prof. Dr. Manfred Wichelhaus

*8. Juni 1931 †13. März 2023

Der Förderverein der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen
in der deutschen Geschichte wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Jahrestagung des Jubiläumsnetzwerks 175 Jahre Revolution 1848/49 in Berlin

Im Jubiläumsjahr 2023 hatte das Netzwerk „175 Jahre Revolution 1848/49“ nach Berlin zu einer europäischen Jahrestagung eingeladen. Am 16. und 17. März 2023 fand die Kooperationsveranstaltung vom Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen, dem Historischen Museum Frankfurt und der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Humboldt-Forum in Berlin statt. Dem Netzwerk gehören inzwischen fast 200 Institutionen, Vereine oder Personen aus den Bereichen der historischen Forschung, historisch-politischen Bildung, musealen Vermittlung sowie der Gedenkstättenarbeit an. Nach den bereits gut besuchten Tagungen 2021 in Rastatt und 2022 in Frankfurt am Main waren nach Berlin insgesamt 130 Teilnehmer*innen aus sechs europäischen Ländern gekommen, um bei der zweitägigen Konferenz zu diskutieren über: „Die Revolution von 1848/49 europäisch denken. Erforschen, Erinnern und Vermitteln eines gemeinsamen demokratieschichtlichen Kapitels“.



zu begreifen: zwar seien die übergeordneten Ziele von „Einigkeit und Recht und Freiheit“ nicht realisiert worden, für die Frauen- und Arbeiterbewegung sowie für das politische Bewusstsein und gesellschaftliche Leben stelle die Revolution jedoch eine bedeutende Zäsur mit zum Teil weitreichenden Folgen dar. Der Politikwissenschaftler Basil Kerski plädierte dafür, politische Traditionslinien zu beleuchten, um so Kontinuitäten sichtbar zu machen. Nicht nur demokratische Traditionen dürften dabei betrachtet werden, sondern auch autoritäre. Eine transnationale Perspektive helfe dabei, die demokratischen Traditionen mittel- und osteuropäischer Staaten zu würdigen. Die Vergegenwärtigung der 200-jährigen Demokratiegeschichte in Europa könne helfen, heute demokratische Traditionen zu stärken und gegenläufigen Entwicklungen entgegenzuwirken. Thomas Krüger warnte vor politischen Vereinnahmungen: Er gab zu bedenken, dass die Auseinandersetzung mit Geschichte stets eine Beschäftigung mit der eigenen Gegenwart sei. 1848/49 dürfe nicht Ausgangspunkt einer nationalen teleologischen Erzählung werden, sondern müsse in seinen Ambivalenzen dargestellt werden. Für die historisch-politische Bildungsarbeit böten sich Biografien in besonderer Weise an.

Die folgenden Sektionen boten Einblick in neueste Forschungstrends:

Sektion 2 fragte nach den transnationalen Verflechtungen der Revolution 1848/49. CLARE PETTITT (Cambridge) betrachtete die Revolution von 1848/49 als Medienereignis. AXEL KÖRNER (Leipzig) fragte, ob 1848 eine amerikanische Revolution sei und skizzierte ein komplexes Gefüge von Verflechtungen, Modellen und Dystopien einer transatlantischen Ideengeschichte. Die Akteur*innen hätten die jeweiligen politischen Systeme wechselseitig beobachtet und Rückschlüsse für das eigene politische Streben und Handeln gezogen, die zum Teil unerwartet seien. So erschien etwa die Demokratie der USA auch Republikaner*innen oftmals nicht



Auf dem Podium diskutierten Basil Kerski, Alexandra Bleyer und Thomas Krüger unter der Moderation von Harald Asel

© Paul Singer e.V., Foto: Visionary

Zum Auftakt des ersten Konferenztages diskutierten der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, THOMAS KRÜGER, die Historikerin und Buchautorin ALEXANDRA BLEYER sowie der Leiter des Europäischen Solidarność-Zentrums in Gdańsk, BASIL KERSKI bei einem Podiumsgespräch über den Platz der Revolution von 1848/49 in der europäischen historisch-politischen Bildungsarbeit. Dabei ging es um die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken des Revolutionserinnerns im europäischen Kontext. Bleyer plädierte dafür, die Widersprüchlichkeit historischer Ereignisse anzuerkennen und 1848/49 auch als Erfolgsgeschichte



Heléna Tóth mit einem inspirierenden Vortrag über Netzwerke von Frauen in der Revolution

© Paul Singer e.V., Foto: Visionary

als Vorbild, während der österreichische Kaiserstaat für progressive Kräfte Modellcharakter haben konnte.

Sektion 3 thematisierte „Europäischen Aktivismus vom Vormärz bis zur Revolution 1848/49“. FABRICE BENSIMON (Paris) analysierte in seinem Impulsvortrag die Fotografien von einer Versammlung der Chartist Crowd in London 1848. Anhand der erhaltenen Daguerreotypen zeigte er spannende Erkenntnisse über diese frühe Arbeiterbewegung auf. HELÉNA TÓTH (Bamberg) berichtete über transnationalen Aktivismus und beleuchtete Netzwerke zwischen Deutschland, Ungarn und den USA, die sie als informelle „Laboratorien“ für die Entwicklung von politischem Aktivismus ausmachte.



Elisabeth Thalhofer nach den Impulsvorträgen im Gespräch mit Gabriella Hauch und Rüdiger Hachtmann (v.r.n.l.).

© Paul Singer e.V., Foto: Visionary



Ein besonderer Höhepunkt der Tagung: die Rede von Sir Christopher Clark im Abgeordnetenhaus von Berlin

Foto: Thalhofer

Die letzte, vierte Sektion befasste sich schließlich mit „Städtischen Milieus und ihrer Bedeutung in der europäischen Revolution“. RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) arbeitete die Bedeutung von unterbürgerlichen Akteur*innen als zentrale Träger*innen der Revolution heraus. GABRIELLA HAUCH (Wien) nahm in ihrem Impulsvortrag die geschlechterspezifischen Handlungsräume in der Revolution 1848 in den Blick. Sie legte dar, dass sich Frauen in der Mitte des 19. Jahrhunderts immer mehr von der Zuschreibung des „unpolitischen Geschlechts“ emanzipierten und unterschiedliche Wege der Teilhabe fanden.

Den feierlichen Höhepunkt der Tagung bildete der Festvortrag von Sir CHRISTOPHER CLARK (Cambridge) im Festsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Revolution von 1848/49 und ihre Relevanz in der aktuellen Zeit. Beeindruckend legte Clark dar, wie bereits unmittelbar nach den Barrikadenkämpfen in Berlin mit dem Aufbahren der „Märzgefallenen“ der Kampf um die Deutungshoheit und Formen der Erinnerung begonnen hätten. Clark betonte, welche große Zäsur 1848/49 bedeutete: ungeahnte Möglichkeiten wurden eröffnet und eine Fülle von Entwicklungen in Gang gesetzt. Nicht zuletzt sei der universelle Anspruch der Revolution, ihre Intensität und Ausdehnung einmalig für die europäische Geschichte.

Der zweite Konferenztag stand im Zeichen der praktischen Vermittlungsarbeit. In vier Workshops wurden Möglichkeiten und Herausforderungen von Erinnerungsarbeit anhand konkreter Praxiserfahrungen und laufender Projekte aufgezeigt. Im Vorfeld der Tagung war dazu ein Call for Projects veröffentlicht worden. Aus den Einsendungen hatte ein von den Veranstalterinnen berufenes unabhängiges Expert*innengremium Beiträge ausgewählt, die in den Workshops präsentiert und anschließend ausgezeichnet wurden.



Die Teilnehmer*innen im Innenhof des Humboldt Forums in Berlin

© Paul Singer e.V., Foto: Visionary

Das daran anschließende von CLEMENS REHM (Stuttgart) moderierte Abschlusspodium mit ANKE JOHN (Jena), KERSTIN WOLFF (Kassel), MICHAEL PARAK (Berlin) und ABELINA JUNGE (Hannover) thematisierte die aktuellen Herausforderungen des Revolutionserinnerns angesichts einer spürbaren Bedrohung und Erosion demokratischer Institutionen. Die Bemühungen bei der Vermittlung dürften nicht zulasten der Komplexität der Demokratiegeschichte gehen, die keine einfachen Helden Erzählungen bieten könnten. Die Rede von den

„Errungenschaften“ oder dem „Erkämpfen“ der Demokratie verkomme allzu oft zur leeren Phrase. Demokratiegeschichtliche Vermittlungsarbeit müsse vielmehr Orientierung bieten und müsse einen langen Atem haben.

Das Jubiläumsnetzwerk setzt seine Arbeit auch im zweiten Jubiläumsjahr 2024 fort – im Herbst ist es zu Gast in Leipzig.

Elisabeth Thalhofer

Liebe Mitglieder, bitte informieren Sie uns bei Änderung Ihrer Anschrift oder Bankverbindung.

Impressum

Der „Rastatter Freiheitsbote“ ist das Mitteilungsblatt des Fördervereins Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

V.i.S.d.P. Inhalt / Layout: Dr. Elisabeth Thalhofer, Martina Schinke, Rainer Wollenschneider, Dr. Clemens Rehm – Texte & Bilder namentlich gezeichnet, sonst von der Redaktion.

Realisation: Xdream Werbe-Support GmbH

Förderverein Erinnerungsstätte e.V., c/o Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Herrenstraße 18 / Residenzschloss, 76437 Rastatt
foeve.freiheitsbewegungen@t-online.de, www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette
Vorsitzender: Gunter Kaufmann, Prof. a.D., Geschäftsführer: Dr. Clemens Rehm

Konten des Fördervereins:

Sparkasse Rastatt-Gernsbach . SWIFT/BIC: SOLADES1RAS . IBAN: DE97 6655 0070 0000 1118 49
Volksbank pur . SWIFT/BIC: GENODE61KA1 . IBAN: DE15 6619 0000 0030 5268 05

Rede zur Kranzniederlegung am Brandenburger Tor am 18. März 2023

Liebe Mitglieder der Aktion 18. März,

vielen Dank für die Einladung zur heutigen Gedenkstunde hier am Brandenburger Tor sowie heute Nachmittag auf den Friedhof der Märzgefallenen. Die Stadt Rastatt hat sich auch in diesem Jahr wieder mit einem Kranz an der Gedenkfeier beteiligt und Herr Oberbürgermeister Pütsch, den ich hier vertreten darf, hat mich gebeten, Ihnen die Grüße aus Rastatt zu übermitteln und Ihnen die Unterstützung der Stadt bei Ihren Anliegen zuzusichern.

Rastatt hat durch den Soldatenaufstand von 1849 und die Verteidigung der Rastatter Festung bis zum 23. Juli 1849 quasi als letzte Bastion der Freiheit, eine besondere Bedeutung für die deutsche Demokratiegeschichte. Originalschauplätze dieser Ereignisse wie beispielsweise die Kasematten der Festungsanlage sind noch zu sehen und werden bei uns nicht vom Staat sondern einem privaten Verein betreut und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Frau Dr. Irmgard Stamm, Vorsitzende des Historischen Vereins von Rastatt, stellt Ihnen dazu gerne Informationsmaterial zur Verfügung.

Wie Sie vielleicht schon bemerkt haben, sind wir diesmal mit einer kleinen Delegation aus Rastatt gekommen, darunter auch Frau Dr. Thalhofer, die Leiterin der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, die 1974 von Bundespräsident Gustav W. Heinemann in Rastatt eingerichtet wurde. Von uns allen ein herzliches Dankeschön an die Unterstützer der Aktion 18. März unter Leitung ihres unermüdlichen Vorsitzenden Volker Schröder. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass angesichts der Jubiläumsaktivitäten zur Erinnerung an die Ereignisse vor 175 Jahren, wir in Sachen Gedenktag vorankommen. Hat sich doch auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei verschiedenen Anlässen dafür ausgesprochen, die Erinnerung an unsere demokratischen Wurzeln stärker in den Blick zu nehmen.

Die Märzrevolution war ein Aufstand gegen die autoritäre Herrschaft und für Freiheit und Demokratie. Es war ein Ereignis, das die Menschen in ganz Europa bewegte und heute unser Verständnis von Freiheit und Demokratie prägt. Insofern ist es besonders erfreulich, dass die diesjährige Jahrestagung des Jubiläumsnetzwerkes „175 Jahre Revolution 1848/49“ die Ereignisse von damals unter einer europäischen Perspektive betrachtet hat. Ich denke, die Tagung, die gestern und vorgestern hier im Humboldt Forum stattgefunden hat, war ein hervorragendes Beispiel für eine zeitgemäße und transnationale Auseinandersetzung



Dem Vorsitzenden des Fördervereins wurde die Ehre zuteil, im Jubiläumsjahr eine der Reden bei der Gedenkveranstaltung am Brandenburger Tor zu halten

Foto: Kaufmann

mit der Revolutionsgeschichte. Wir sind auch aus diesem Anlass gerne nach Berlin gekommen, zumal die Auftaktveranstaltung für das Jubiläumsnetzwerk vor zwei Jahren in Rastatt stattgefunden hat.

Gerade in der heutigen Zeit, in der wir uns mit politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen sowie einem Krieg in Europa konfrontiert sehen, ist es wichtig, die globale Dimension der Märzrevolution aufzuzeigen und ihre Bedeutung als demokratiegeschichtlicher Meilenstein herauszustellen. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und die Würde des Menschen sind Werte, die für uns auch heute eine zentrale Bedeutung haben. Daraus resultiert unser Engagement gegen Gewalt, Krieg und Diktatur.



Kranzniederlegung am Brandenburger Tor: Clemens Rehm, Elisabeth Thahofer und Gunter Kaufmann (v.l.n.r.)

Foto: Kaufmann

In Rastatt wollen wir vor allem 2024 an die Ereignisse von 1849 erinnern, wo die Kämpfe in Baden im Zentrum der Auseinandersetzungen standen. Nach einer Volksversammlung in Offenburg kam am 13. Mai 1849 der revolutionäre Landesausschuss nach Rastatt und vereidigte vom Balkon des Rathauses aus das badische Militär auf die Reichsverfassung, also auf die Paulskirchenverfassung. Anlass für den Großherzog, sofort das Land zu verlassen. Für wenige Wochen war Baden quasi Republik.

Auch wenn die Aufstände von 1848 und 1849 letztendlich militärisch gescheitert sind und die Revolutionäre Opfer der Kriegsgerichte wurden: Ihre Ideen konnte man nicht erschießen. Wir wollen an sie erinnern und mit dem Bezug auf konkrete Ereignisse die Erinnerung aufrechterhalten. Hier haben wir eine gemeinsame Aufgabe zu bewältigen. Deshalb hat es der 18. März verdient, immer stärker im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verankert zu sein. Die Märzrevolution von 1848 steht auch für die Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit.

Es ist nicht uninteressant, dass noch am 18. Juli 1849, kurz vor dem Fall der belagerten Festung Rastatt, von Ernst Elsenhans ein Artikel unter der Überschrift: „Was ist und was will die soziale Demokratie“ veröffentlicht wurde.

Es gilt auch heute noch, was wir dort lesen: „Die Demokratie an sich wird uns weder Arbeit noch Brot geben. Sie wird unsere fälligen Zinsen nicht zahlen, sie wird uns nicht von Sorgen und Leiden befreien, denn sie stößt bei der Lösung ihrer Aufgabe, das Volk zur Herrschaft zu bringen, stets auf das Missverhältnis des Eigentums, des Besitzes.“

Seinen Appell zur Beseitigung der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung durch eine soziale Demokratie musste Elsenhans mit dem Leben bezahlen. Er war der erste, der den preußischen Standgerichten zum Opfer fiel, obwohl er als Literat nie eine Waffe in der Hand hatte.

Wir wollen ihn heute in das Gedenken an die Märzgefallenen miteinschließen. Durch unsere Kranzniederlegung wollen wir an all jene erinnern, die im Kampf für Einigkeit und Freiheit, für Gleichheit und Brüderlichkeit den Weg zu einer demokratischen und sozialen Gesellschaft geebnet haben.

Gunter Kaufmann



Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen

Foto: Kaufmann

Tun wir was dazu – Volker Schröder und sein Einsatz für den 18. März

Mehr als ein halbes Leben widmet Volker Schröder schon einem Ziel: den 18. März zu würdigen, als einen Tag, der in der deutschen Erinnerungskultur einen zentralen Platz verdient und eine stärkere Wertschätzung erfahren sollte. Vor 45 Jahren gründete Volker Schröder zusammen mit Freunden dafür die *Aktion 18. März*. Ihr Ziel damals: den 18. März in Erinnerung an die Barrikadenkämpfe der Märzrevolution von 1848 in beiden deutschen Staaten zum gemeinsamen Feiertag zu erklären. Das Vorhaben scheiterte und zum Nationalfeiertag im vereinten Deutschland wurde schließlich der 3. Oktober bestimmt. Ein Datum, das Schröder immer als „blutleer“ empfand, da es eigentlich nur an einen Verwaltungsakt erinnere. Und deshalb kämpft er weiter: Nun geht es darum, dass der 18. März wenigstens zum nationalen Gedenktag erhoben wird. Immerhin: Dank des unermüdlichen Engagements von Volker Schröder wurde der Platz vor dem Brandenburger Tor in *Platz des 18. März* umbenannt und erreicht, dass jedes Jahr an diesem Tag in Berlin geflaggt wird.

Die Hauptstadt ist Volker Schröders Wahlheimat: 1942 in Hamburg geboren, zog es ihn schon als 24-Jährigen 1966 nach Berlin, wo er sein Studium der Betriebswirtschaftslehre als Diplom-Kaufmann abschloss. Zugleich blieb er einer alten Familientradition treu und erlernte die Kunst des Bürstenmachens von seinem Vater. „Ob wir just Collegia lesen, oder aber binden Besen / das tut, das tut nichts dazu – aber ob wir in der Welt was schaffen, oder nur die Welt begaffen, das tut, das tut was dazu!“, heißt es im 1845 gedichteten „Bürgerlied“.



Von seinem Vater erlernt Volker Schröder das Bürstenmacher-Handwerk.

Foto: privat



Volker Schröder bei einer Gedenkstunde für den 18. März in Berlin

Foto: privat

Etwas dazu tun – das wurde zu Schröders Lebensmotto und zum Antrieb, sich für die Würdigung demokratisch-revolutionärer Tradition einzusetzen. Jedes Jahr bei der am 18. März von Volker Schröder organisierten Gedenkfeier am Brandenburger Tor erklingt das Bürgerlied. Der Förderverein und die Erinnerungsstätte sind so oft es geht vertreten, die Stadt Rastatt beteiligt sich an der Erinnerungstunde mit einem Kranz, der anschließend zum Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen, in dessen Kuratorium Schröder Mitglied ist, gebracht wird. Für seinen inzwischen jahrzehntelangen Einsatz wurde Volker Schröder mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet. Der Erinnerungsstätte ist Volker Schröder herzlich-märzlich – wie er es gerne ausdrückt – verbunden.

Elisabeth Thalhofer

Schröders
Biographie erzählt
über ein bewegtes
Leben erfüllt von
demokratischem
Engagement



Die Modernität von 1848/49 – wissenschaftliche Konferenz im Mai 2023



Mit dem Historischen Museum Frankfurt, dem Forum Vormärz-Forschung, dem Archiv der deutschen Frauenbewegung und dem Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum organisierte die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte die zentrale wissenschaftliche Konferenz zum Jubiläum der Revolution 1848/49.

Foto: Thalhofer



Die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, das Historische Museum Frankfurt, das Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel sowie der Verein Forum Vormärz Forschung hatten sich auf Initiative von Birgit Bublies-Godau zusammengefunden, um im Jubiläumsjahr 2023 die zentrale wissenschaftliche Tagung zu 1848/49 im Mai 2023 in Frankfurt am Main auszurichten. Die Tagung war Teil des in Frankfurt eine Woche lang gefeierten Paulskirchenfestes.

Das Organisationsteam rund um BIRGIT BUBLIES-GODAU (Bochum), KERSTIN WOLFF (Kassel), DOROTHEE LINNEMANN (Frankfurt/M), ELISABETH THALHOFER und ANDREJ BARTUSCHKA (Rastatt) stellten ein dreitägiges Konferenzprogramm zusammen, das aktuelle Forschungstrends aufgriff und in den Mittelpunkt von acht Sektionen stellte. Dabei ging es den Organisator*innen vor allem um die Bedeutung der 1848er-Revolution für den Aufbruch Deutschlands in die demokratische Moderne und den Übergang zu einer von aktiven Bürger*innen getragenen Zivilgesellschaft. In den Sektionen sollte der Zusammenhang von Modernität, Demokratie und Revolution für verschiedene gesellschaftliche Bereiche und die transatlantisch-euro-

päischen Bezüge aufgezeigt werden, um so die Stellung der Revolution in der Demokratiegeschichte neu zu bestimmen.

Den Einstieg in das Thema übernahm NORBERT FABIAN (Bochum) mit revolutions- und demokratietheoretischen Überlegungen. Danach sollten europäisch vergleichende Perspektiven und gewaltärmere Revolutionsformen ins Zentrum von Revolutionsdarstellungen gerückt werden; auch seien Revolutionen wegen ihrer Orientierung auf Menschenrechte und Demokratie neu zu definieren.

JEAN-CHRISTOPHE MERLE (Vechta) wandte sich darauf den Schriften von Alexis de Tocqueville zu. Der Staatstheoretiker hatte sich intensiv mit der französischen Februarrevolution auseinandergesetzt und diese als soziale Transformation verstanden, der die Leidenschaft für die Gleichheit zugrunde lag. Beschlossen wurde die Sektion von DIOGO SASDELLI (Saarbrücken), der den Aufklärungsphilosophen Christian Wolff als bisher übersehenen Denker des Liberalismus vorstellte. Wolff habe das deutsche Verständnis vom Liberalismus substantiell geprägt und dessen Spannung zwischen individueller Freiheit und allgemeiner Sicherheit genau beschrieben.

Verfassungs- und politikgeschichtliche Problemstellungen standen in der zweiten Sektion im Vor-

dergrund. Hier ging EWALD GROTHE (Gummersbach) zunächst auf die positive Wahrnehmung populärer Politiker und der konstitutionell-parlamentarischen Entwicklung in Staaten des Deutschen Bundes ein. Diese Vorbilder des Vormärz seien 1848/49 für das Auftreten der Abgeordneten, die Einübung der parlamentarischen Praxis und die Ausarbeitung der Verfassung entscheidend gewesen.

An dem Punkt setzte KLAUS SEIDL (Berlin) mit seinen Ausführungen zu einem Ausstellungsprojekt über die Paulskirchenverfassung an. Wie die Verfassungsurkunde durch den Schriftführer des Parlaments gerettet und später an den Präsidenten des Norddeutschen Reichstags übergeben wurde, darüber berichtete Seidl genauso wie über den Diebstahl der Verfassung 1930 aus der Reichstagsbibliothek, deren Verlust gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, den zufälligen Fund eines Exemplars 1951 und dessen Verbleib in einem Ost-Berliner Museum.

KATHARINA THIELEN (Saarbrücken / Bonn) behandelte darauf die Möglichkeiten politischer Beteiligung in der preußischen Rheinprovinz. Ein Ergebnis ihrer Forschungen bezog sich auf Aushandlungs- und Anpassungsstrategien von Stadträten in fünf Städten, durch die kreative Formen von Kommunikation und demokratischer Praxis sichtbar wurden. Gerade einige vermeintlich vormoderne Elemente der politischen Kultur Preußens betrachtete Thielen als Katalysator moderner Partizipationsformen im Rheinland. Abschließend setzte sich CHRISTIAN JANSEN (Trier) mit imperialistischen und kolonialistischen Vorstellungen in der Paulskirche auseinander. 1848/49 seien derartige Überlegungen hauptsächlich in die Debatten über die Grenzen eines deutschen Nationalstaats und die Anschaffung einer Flotte eingeflossen. Zwar hätten die Parlamentarier zuvörderst das Ziel eines geeinigten, freiheitlichen Nationalstaats verfolgt, teilweise jedoch auch nach militärischer (See-)Macht und globalen Absatzmärkten gestrebt.

Die dritte Sektion nahm die sozialen Bewegungen in den Blick. Den Anfang machte OLAF BRIESE (Halle), der zuerst den Terminus „Assoziation“ definitorisch klärte, ehe er dessen weitere Verwendung untersuchte: 1848/49 habe dieser den Rang eines Schlüsselkonzepts mit verschiedenen Begriffsebenen erlangt, dabei Gerechtigkeitsvorstellungen transportiert und zur wirtschaftlichen Emanzipation beigetragen. SUSANNE SCHÖTZ (Dresden) untersuchte am Beispiel von Louise Otto-Peters die Versuche führender Akteurinnen der Revolutionszeit, die Frage der Arbeitsorganisation mit politischen Forderungen zu verknüpfen. Otto-Peters hatte während der Revolution Zeitschriftenartikel veröffentlicht und darin die Gewährung politischer Freiheitsrechte, aber auch die Lösung

sozialer Probleme und die Gleichstellung von Frauen gefordert. Die Sektion beschloss JÜRGEN SCHMIDT (Trier), der die Gründung neuer Assoziationen der Arbeiterbewegung als Ergebnis eines umfassenden Politisierungsprozesses im Vormärz wertete. Da sich zahlreiche Arbeiter und Gesellen in den 1830er-Jahren im Exil zusammengeschlossen hätten, konnten sie aufgrund jener Erfahrungen 1848/49 erstmals in Arbeitervereinen für ihre eigenen Interessen streiten und Erfolge erzielen.

Zu Beginn der vierten Sektion zu den Geschlechterrollen der Revolution thematisierte CORINNA OESCH (Wien) das Petitionswesen um 1848, das Frauen die Möglichkeit bot, sich zur Revolutionszeit politisch Gehör zu verschaffen. Nach der Hälfte ihres Vortrages wechselte die Referentin unvermittelt ihren Gegenstand und sprach nun über ihrer Meinung nach aktuelle Demokratietheorie, die sie an der weltweiten Coronapolitik festmachte. Wiederholt verwendete Oesch dabei Diskursfiguren, die von ausgewiesenen Coronaleugnern*innen und Querdenker*innen genutzt werden,



Die Tagung war eingebettet in das Programm des großen Paulskirchenfestes in Frankfurt.

Foto: © #visitfrankfurt, Holger Ullmann



Das Organisationsteam: Dorothee Linnemann vom Historischen Museum Frankfurt, Andrej Bartuschka und Elisabeth Thalhofer von der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, Birgit Bublies-Godau vom Forum Vormärz-Forschung e.V. und Kerstin Wolff vom Archiv der deutschen Frauenbewegung (v.l.n.r.)

Foto: Kitzschun

was beim Tagungspublikum mehrheitlich auf deutliche Kritik und nur vereinzelt auf Zustimmung stieß. Ungeachtet dieses Störungsversuchs wurde die Tagung danach zunächst fortgesetzt. So wies SUSANNE WOSNITZKA (Augsburg) in ihrem folgenden Beitrag nach, wie ergiebig Zeitungsanalysen sein können. Erst durch diese war sie auf die Spur unbekannter Wegbereiterinnen der Emanzipation gestoßen, die zwischen Französischer Revolution und 1848er-Revolution eine Änderung der normierenden Frauenrolle forderten und deren besonderes Erkennungszeichen ihre Frisuren und das Tragen von Hosen waren.

Zur endgültigen Beruhigung der Tagungsatmosphäre trugen dann die Ausführungen der Tagungsorganisator*innen und von Stefan Müller, Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei, die sich eindeutig von Corinna Oeschs Vorgehen distanzieren und für die notwendige Klarheit im Umgang mit Störversuchen bei Konferenzen und mit demokratieverachtenden Strömungen der Gegenwart sorgten.

Als nächster Vortragender wandte sich VINCENT DOLD (Berlin) einem wenig beachteten Medium zu, den weiblichen Revolutionsbriefen. Über ihre Auswertung konnte er spezifische geschlechtliche Zuordnungen in der Revolution ausmachen. Dabei interessierte ihn vor allem die Frage, ob alltagspraktische Handlungen wie das Schmücken des Hauses nicht stärker als „Stützhandlungen“ zur Revolution verstanden werden müssten. Im Mittelpunkt des Beitrags von STEFAN MÜLLER (Bonn) stand die „revolutionäre Liebe“ von Johannes Miquel und Bertha Levy. Ihre überlieferte Korrespondenz zeigt, dass 1848/49 bürgerlich-patriarchale Paarkonzepte auch von Männern in Frage gestellt wurden und dass Miquel und Levy nach einer gleichberechtigten Form der Beziehung suchten, selbst wenn sie am Ende kein Paar wurden.

Die fünfte Sektion wandte sich der Kommunikationsrevolution 1848/49 zu. Zunächst beschrieb NORBERT OTTO EKE (Paderborn) die Entwicklung der Literatur in Vormärz und Revolution und das

von etlichen Autoren verfolgte Konzept von „Zeit und Zeitgenossenschaft“, das er mit dem Begriff „Prä-Modernität“ verband. Eingehend analysierte er, wie aus Sicht jener Autoren die Literatur Stellung zur Wirklichkeit, zu politisch-sozialen Problemen, aber auch zur Ästhetik beziehen und damit ihre Zeitgenossenschaft beweisen sollte.

Im Anschluss widmete sich SANDRA MARKEWITZ (Vechta) einem kaum beachteten Thema, der Sprache der Revolution. Sie erläuterte, wie im Vormärz durch die Verschränkung sprachphilosophischer und ideengeschichtlicher Aspekte der Raum des Historischen als Zone einer nachdrücklichen Grammatikalisierung gesehen wurde. Die Sprache der Revolution sei dann nicht mehr ein Instrument der Wenigen, sondern eine projektive Freiheitsform an Möglichkeiten gewesen.

Wie lohnenswert die Beschäftigung mit weiblichen Positionen für das Verständnis der Revolution sein kann, belegte ANNE-ROSE MEYER (Wuppertal) im Falle von Schriftstellerinnen. Über die Auswertung des Briefwechsels von Ottilie von Goethe und Sibylle Mertens, von Fanny Lewalds 1848er-Erinnerungen und Malwida von Meysenbugs „Memoiren einer Idealistin“ konnte Meyer exemplarisch darlegen, wie die Entscheidung für eine bestimmte Ausdrucksform mit der Distanz und der Bewertung des Revolutionsgeschehens durch die Autorinnen einherging. Abschließend analysierte BERND FÜLLNER (Wuppertal) die in der Revolution massenhaft verbreiteten Karikaturen. Dabei verfolgte er, wie Georg Weerth in seinem Roman „Leben und Thaten des berühmten Ritters Schnapphahnski“ Fiktion und Realität miteinander verknüpfte. Zudem demonstrierte er an Abbildungen der Abgeordneten, wie damalige Illustratoren die Verbindung von realer Person und fiktiver Romangestalt für ihre Darstellungen nutzten.

Standen Lebensgeschichten beim letzten Revolutionsjubiläum noch nicht so stark im Fokus, so bildeten die Biographien der Achtundvierziger*innen bei dieser Tagung einen inhaltlichen Schwerpunkt.

Zuerst analysierte BIRGIT BUBLIES-GODAU (Bochum) das Verhältnis liberaler und republikanischer Familien zur 1848er-Revolution. Anhand ausgewählter Familienangehöriger arbeitete sie heraus, wie demokratische Strukturen und Vorbilder in Deutschland entstanden, wie jene von 1789 bis 1945/49 überliefert wurden und die demokratische Traditionsbildung beförderten. An ihr Fazit, dass familienhistorische Zugänge eine große Bedeutung für die deutsche Demokratie- und Revolutionsgeschichte haben würden, konnte SARA PANTER (Mainz) mit ihrem Beitrag unmittelbar anknüpfen. Darin untersuchte sie die Wirkungsgeschichte der Revolution, indem sie sich mit nordamerikanischen Forty-Eighters, deren Familien und Verhältnis zur Revolution beschäftigte. Als Ergebnis stellte sie fest, dass über das Schicksal der meisten exilierten Revolutionär*innen nur wenig bekannt sei; dies gelte insbesondere für die Kinder und Kindeskiner, deren Leben von den Erfahrungen ihrer Vorfahren maßgeblich geprägt war.

HERMANN RÖSCH (Köln) wechselte darauf die Perspektive zu revolutionären Paarbiographien und stellte die berühmten Eheleute Johanna und Gottfried Kinkel vor. Wie Rösch darlegte, beruhte die Kinkelsche Ehe, die sich wegen der vermeintlich unstatthaften Beziehung zeitweise heftiger Kritik ausgesetzt sah, auf gegenseitiger Wertschätzung, Unterstützung und Gleichberechtigung. Damit war sie in vielerlei Hinsicht ihrer Zeit weit voraus. TOBIAS HIRSCHMÜLLER (Eichstätt / Ingolstadt) thematisierte im einzigen individualbiographischen Tagungsbeitrag das „erste parlamentarische Staatsoberhaupt Deutschlands“, Erzherzog Johann von Österreich. Mit dem Reichsverweser behandelte er einen fast vergessenen Revolutionsakteur, dessen Arbeit im Spannungsfeld zwischen Standesbewusstsein und Amtsfunktion gestanden habe und der mit zahlreichen Klischees belegt wurde und wird.

Zum Abschluss sprach SUSANNE KITSCHUN (Berlin) über den Friedhof der Märzgefallenen und das Erinnern in verschiedenen Systemen. Ausgehend von seinen Anfängen – nach den Märzkämpfen war er für gefallene Barrikadenkämpfer*innen angelegt worden – galt der Friedhof als Zeugnis und Erzeugnis der 1848er-Revolution, da politische Demonstrationen wie individuelle Traueraktionen das Gedenken prägten. Ähnliches könne auch über das Gedenken im Kaiserreich als Teil sozialdemokratisch-linksliberaler Traditionen, die Nutzung als Begräbnisstätte für die Toten der Novemberrevolution 1918 oder das Gedenken in beiden deutschen Staaten gesagt werden.

Zwei Vorträge widmeten sich den Innovationen der Revolution. ANDREAS FAHRMEIR (Frankfurt am Main) untersuchte die unterschiedliche Wahrnehmung der Revolution in Zeitschriftendiskursen als unumstößliche Zäsur oder reformorientierten

Prozess. Gerade die Diskurse aus dem linken Prespektrum legten nahe, wie die Versuche eines „radikalen Bruchs“ hätten aussehen und am Ende zu einer Bedrohung der bisherigen Ordnung führen können. Mit der Frage, inwiefern die Forty-Eighters eine Rolle in der Bildungsarbeit der Nachkriegszeit spielten, wandte sich SABINE FREITAG (Bamberg) bestimmten Strängen der US-Erinnerungspolitik als Vorbilder der *reeducation* zu. Aus Sicht der amerikanischen Besatzungsmacht sollten die Deutschen nach 1945 einen Erkenntnisprozess durchlaufen, der neben der Anerkennung der Kriegsschuld auch die Einübung demokratischer Prozesse beinhaltete.

Die letzte Sektion behandelte das Erinnern an die Revolution bis ins 21. Jahrhundert. PERIKLES CHRISTODOULOU (Brüssel) erläuterte die Darstellung der Revolutionen des 19. Jahrhunderts im Haus der Europäischen Geschichte und präsentierte dazu die Ausstellungsinhalte und das dramaturgische Konzept. Zentral dafür sei die Interpretation der Revolution als transnationales Ereignis. Danach spürte ULRIKE LAUFER (Essen) der geschichtspolitischen Neuausrichtung der Bundesrepublik durch den ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav Heinemann nach. Sein Engagement gipfelte 1974 in der Gründung der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Schließlich untersuchte JÜRGEN FRÖLICH (Bonn) den Umgang mit der Revolution im deutschen Nachkriegsliberalismus. So hätten sich die Nachkriegsliberalen stets zu 1848 bekannt, zusätzlich zur Paulskirche sei Heppenheim wegen der 1847er-Versammlung ein besonderer Erinnerungsort für sie gewesen. Mit der Gründung der FDP 1948 in Heppenheim habe man bewusst an die revolutionären Traditionslinien angeknüpft.

In ihrem Schlusswort fassten die Organisator*innen die zahlreichen Ergebnisse und Erkenntnisse der 28 Vorträge zusammen und versuchten gleichzeitig, erste Rückschlüsse für das Verhältnis von Modernität, Demokratie und Revolution wie auch für eine Neubestimmung der 1848er-Revolution in der deutschen Demokratiegeschichte zu ziehen. Einig waren sie sich mit den Referent*innen darin, dass es keine einfachen Antworten dazu gebe, dass vielmehr der Aufbruch Deutschlands in die demokratische Moderne in den Revolutionsjahren durch eine große Vielfalt und Komplexität der Ereignisse und Strukturen gekennzeichnet sei, die mittels künftiger Forschungen noch weiter konkretisiert werden müssten.

Der Tagungsband mit den gesammelten Beiträgen der Konferenz erscheint voraussichtlich Anfang 2025.

*Andrej Bartuschka, Birgit Bublies-Godau,
Dorothee Linnemann, Elisabeth Thalhofer und
Kerstin Wolff*

Mission Demokratiegeschichte

Gespräch mit Dr. Kai-Michael Sprenger,
Direktor der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte



Dr. Kai-Michael Sprenger M.A., geb. 1967

Studium der Geschichte, Latein, Germanistik und Pädagogik in Mainz, Glasgow und Pavia. Promotion in mittelalterlicher Landesgeschichte. Bis 2016 u.a. Kulturreferent und Kreisarchivar des Landkreises Ravensburg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 2016–2023 Referent für Archive, Bibliotheken, Nichtstaatliche Museen, Landesgeschichte und Heimatpflege am Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz. Seit Oktober 2023 Direktor der Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“.

FB: Lieber Herr Sprenger, Sie sind im Herbst 2023 zum Gründungsdirektor der neuen Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte (SODG) berufen worden. Erst einmal herzlichen Glückwunsch und vielen Dank, dass Sie für ein Gespräch bereitstehen. Diese neue Stiftung ist ja vielen Menschen noch nicht bekannt und mancher wird sich fragen: Wie ist es zu dieser Stiftung überhaupt gekommen?

Sprenger: Die Gründung der SODG steht in einem größeren kulturpolitischen Kontext: In den letzten Jahren wurde zunehmend wahrgenommen, dass die Geschichte der Demokratie in Deutschland mit Blick auf ihre Wurzeln, Frühformen und Genese betrachtet und verstanden werden muss. Damit gerieten demokratiehistorische Erinnerungsorte und die damit verbundenen Ereignisse, Personen und Prozesse als positive Orientierungspunkte für eine zeitgemäße Demokratiebildung in den Blick. Da war und ist vieles unbekannt; es bestand Handlungsbedarf.

Auf politischer Ebene wurde die Demokratiegeschichte als wichtiges Thema in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung aufgenommen und die demokratischen Parteien im Bundestag beschlossen die Gründung der Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat immer wieder auf die Notwendigkeit der erinnerungspolitischen Vertiefung dieses Themas für unsere gegenwärtige Demokratie hingewiesen.

Schon 2017 haben sich zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine, Institute, Archive, Museen und Gedenkstätten aus ganz Deutschland zu einer „Arbeitsgemeinschaft Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ zusammengeschlossen. Das erklärte Ziel

dieser inzwischen 100 Orte ist es, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern sowie bereits bekannte oder auch weniger bekannte Orte und Ereignisse der Demokratiegeschichte im öffentlichen Gedenken zu verankern und als außerschulische Lernorte weiter zu entwickeln.

An diese Vernetzung zwischen Politik und demokratiehistorischen Bildungs- und Vermittlungsangeboten knüpft die Arbeit der SODG an und bietet die Rahmenbedingungen zur effektiven Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte.

FB: Der Gründung liegt also ein Bundestagsbeschluss zugrunde. Dann ist diese Stiftung ein Zeichen eines breiten Bündnisses?

Sprenger: Unter den demokratischen Parteien, deren Repräsentantinnen und Repräsentanten auch im Stiftungsrat vertreten sind, besteht Konsens, dass die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte grundsätzlich und erst recht angesichts aktueller Entwicklungen von hoher gesamtgesellschaftlicher Relevanz ist: Das Wissen über historische Kontexte und Ereignisse vermag ohne Zweifel für die Gestaltung und Weiterentwicklung einer gelebten Demokratie – also für heutiges Handeln – viele Anknüpfungspunkte beizutragen. Der Bund und die demokratischen Parteien geben mit dem Beschluss zur Gründung der SODG ein starkes Signal; sie wollen eine zukünftige breitenwirksame und nachhaltige Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte sicherstellen.

FB: Und die Ziele der Stiftung wären dann in wenigen Worten?

Sprenger: Die Stiftung zielt darauf, die Auseinandersetzung mit der wechselvollen deutschen Demokratiegeschichte zu fördern: Sowohl auf individueller Ebene, als auch in Gesellschaft, Bildungseinrichtungen und Wissenschaft. Sie soll die Bedeutung und den Wert einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung für ein funktionierendes, stabiles und gerechtes Gemeinwesen aufzeigen und diese breitenwirksam vermitteln. Diese im Stiftungsgesetz formulierte Aufgabendefinition umreißt die Herausforderung, vor der die Stiftung steht.

FB: Sie haben auf aktuelle Entwicklungen hingewiesen. Hat Demokratiegeschichte gerade „Konjunktur“?

Sprenger: Wir erleben aktuell leider, wie der Wert unserer parlamentarischen Demokratie und unserer Verfassung von immer mehr Menschen unserer Gesellschaft zum Teil grundsätzlich in Frage gestellt und angefeindet wird. Diese gelegentlich hoch emotionalen, oft sehr holzschnittartigen Polemiken sind schwer erträglich. Wir sehen, dass teilweise mit völlig abwegigen und ahistorischen Vergleichen sowie mit Hass und Hetze – und damit außerhalb der Spielregeln der demokratischen Debatten- und Diskussionskultur – „argumentiert“ wird.

Ein Blick in die Demokratiegeschichte kann hier deutlich machen, dass wir heute eben nicht in einer Diktatur leben, sondern in einer Gesellschaft, in der durch die im Grundgesetz garantierten Grundrechte kritische Meinungsäußerungen und inhaltliche Debatten nicht nur ermöglicht werden, sondern Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung sind.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hambacher Festes und der 1848/49er-Bewegungen, die Demokratinnen und Demokraten der letztlich von rechts außen zerstörten Weimarer Republik wie auch die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der DDR haben für Freiheit und Menschenrechte gestritten. An diese mutigen Bemühungen und Bekenntnisse für eine demokratische politische Kultur ist zu erinnern. Der Blick auf diese Traditionen zeigt, dass unsere Demokratie weder mit einer Diktatur zu vergleichen ist, noch nach 1945 aus dem Nichts heraus entstand. Schauen Sie: Wichtige damalige Forderungen wirken bis heute nach; so ist der Grundrechtskatalog von 1849 in unsere Verfassung eingegangen.

Die Geschichte zeigt auch, dass Demokratien stets gefährdet sind und scheitern bzw. zerstört werden können. Auch dies ist leider eine aktuelle Realität, für die wir sensibler werden müssen und mit dem Blick auf die Geschichte auch werden können.

FB: Mit den beiden letzten Sätzen geht Ihr Blick aber über das Aktuelle hinaus. Ist Demokratieerinnerung eine Daueraufgabe?

Sprenger: Wenn man die Demokratie als Prozess und nicht als Zustand versteht, dann muss die stetige Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte grundsätzlich eine wichtige Aufgabe sein. Und dies sollte soweit möglich auch unabhängig von aktuellen Aufmerksamkeitsschüben gewährleistet sein, wie sie in positiver Weise etwa durch Jubiläen entstehen. Solche Schübe stellen 2024 demokratiehistorische Jubiläen dar, wie etwa 175 Jahre Revolution 1848/49 und Paulskirchenverfassung, 75 Jahre Grundgesetz sowie 35 Jahre Friedliche Revolution. Diese hierdurch erhöhte Aufmerksamkeit lässt sich natürlich wieder für eine viel grundsätzlichere Auseinandersetzung mit unserer Geschichte zur Stärkung des Demokratiebewusstseins nutzen.

Wahlen, Gleichberechtigung, Freiheitsrechte, politische Beteiligung, Republik, Schwarz-Rot-Gold, soziale Gerechtigkeit, Grundrechte – das alles erscheint uns gegenwärtig und doch gehen diese Begriffe und politischen (Heraus-)Forderungen auf die deutsche Demokratiegeschichte des 19. Jahrhunderts zurück. Damit wird die aktuelle Relevanz klar: Demokratie muss gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden. Die Beschäftigung mit unserer Demokratiegeschichte kann Motivation sein, sich im demokratischen Miteinander einzubringen. Engagement braucht historische Vorbilder, die zeigen, dass jeder Einzelne etwas bewirken kann. Hier bieten gerade die Personen und Bewegungen, die hinter diesen einzelnen Orten der Demokratiegeschichte stehen, viele positive Beispiele.

FB: Nun gibt es ja viele Initiativen in Deutschland – regional wie bundesweit –, die sich das Ziel gesetzt haben, an die Demokratiegeschichte zu erinnern und damit Demokratiebewusstsein für die Jetztzeit zu fördern; nicht zuletzt die Erinnerungsstätte in Rastatt gehört seit 1974 dazu.

Wie versteht sich die Stiftung zu diesen einzelnen Institutionen, die ja oft von Ehrenamtlichen getragen bzw. mitgetragen werden. Und wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit der von Ihnen schon erwähnten Arbeitsgemeinschaft?

Sprenger: Diese Initiativen haben im Vorfeld der Errichtung der Stiftung intensiv dazu beigetragen, dass die Relevanz des Themas in der Zivilgesellschaft und im politischen Raum stärker wahrgenommen wurde. Für die Arbeit der Stiftung ist es daher wichtig, sich mit diesen Initiativen inhaltlich und persönlich auszutauschen. Mit der Arbeitsgemeinschaft und vielen anderen Institutionen steht die Stiftung bereits in engem Kontakt, der sich sicher noch intensivieren wird, sobald die Personalgewinnung der Stiftung abgeschlossen sein wird.



NIE WIEDER – eine wichtige Säule der deutschen Erinnerungskultur wie hier in Berlin am 30. Januar 1993 bei einer Lichterkette zur mahnenden Erinnerung an den 60. Jahrestag der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten

Foto: BArch B 145 Bild-00085144, Bernd Köhler

FB: Wie können wir uns die Arbeit der Stiftung konkret vorstellen?

Die Stiftung wird mit der Fokussierung auf die Errungenschaften der Demokratiegeschichte – ihre Erkämpfung wie ihrer Gefährdung – ein eigenes Themenfeld abstecken. Konkret geht es darum, die Bundesförderung zu dieser Thematik zu bündeln und für die erwähnten Akteurinnen und Akteure als zentraler Ansprechpartner zu dienen und die bereits aktive Vernetzung weiter auszubauen.

Auf der erinnerungs- und kulturpolitischen Ebene geht es darum, diese Orte, die mit der Demokratiegeschichte verknüpft sind und symbolhaft für die demokratische Tradition in Deutschland stehen, noch stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Begriff „Orte“ umfasst natürlich auch die dahinterstehenden Personen, Ereignisse und Prozesse, wie etwa Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die konkret mit Orten verknüpft sein können.

Die Stiftung hat sich zwei Schwerpunkte vorgenommen: Zum einen sollen durch Projekte demokratiehistorischer Vermittlung und Bildungsangebote gefördert werden; dazu gehört auch die professionelle individuelle Beratung potentieller Antragstellerinnen und Antragsteller. Zum anderen wird die Stiftung eigene Veranstaltungen, di-

gitale Angebote und Kooperationen aktuell v.a. zu den genannten Jubiläen 75 Jahre Grundgesetz, 175 Jahre Paulskirchenverfassung und 35 Friedliche Revolution anbieten.

FB: Eine erste Ausschreibung für Projekte gab es von der Stiftung ja schon im November 2023. Liegen schon Anträge vor?

Sprenger: Den Förderaufruf haben wir angesichts der Relevanz und Brisanz des Themas „Demokratiegeschichte“ veröffentlicht, und er stieß auf eine äußerst lebhafteste Resonanz.

Soweit ich das im Augenblick übersehe, machen die Qualität und die Breite der angebotenen Projekte deutlich, dass die Fördermittel gut investiert sind. Mit den Projektförderungen werden wir Ende April/Anfang Mai beginnen.

FB: Eine solche Aufgabe zu gestalten braucht Herzblut. Welche persönliche Motivation hat Sie bewegt, die Aufgabe anzunehmen? Haben Sie selbst Erfahrungen, Erlebnisse gemacht, die Ihnen deutlich gemacht haben, „hier und jetzt bin ich gefragt“?

Sprenger: Ich verbinde mit der Arbeit für die Bundesstiftung eine Mission und Vision. Im Gespräch, keinesfalls nur mit jungen Menschen, stelle ich immer wieder fest, wie wenig präsent diese positiven Beispiele demokratiehistorischer Traditionen

bekannt sind. Gleichzeitig sehe ich immer deutlicher die Verbindung demokratischer Entwicklungslinien, vom Hambacher Fest über die Paulskirche und Weimar bis zum Grundgesetz und der Friedlichen Revolution von 1989. Mir ist es ein persönliches Anliegen, dass die Orte der deutschen Demokratiegeschichte als positive Orientierungspunkte einen festeren Platz in unserer Erinnerungskultur erhalten.

Wenn wir bei Schülerinnen und Schülern nach der Bedeutung des Hambacher Festes, des Paulkirchenparlaments, der Weimarer Verfassung, des Grundgesetzes von 1949 oder der Friedlichen Revolution von 1989 fragen würden, wäre die Zahl der positiven Antworten vermutlich besorgniserregend. Hier besteht eine Leerstelle, die es – neben den beiden etablierten Säulen der Aufarbeitung der NS- und der SED-Diktatur – mit einer dritten und ergänzenden erinnerungskulturellen Säule für die positiven Vorbilder der Demokratiegeschichte sinnvoll auszufüllen gilt.

Die bereits existierenden Säulen könnte man mit der Überschrift des „NIE WIEDER“ versehen. Nach dem Zivilisationsbruch von Auschwitz brachten die Verfassungsväter und -mütter dieses „NIE WIEDER“ im Grundgesetz mit dem schlichten, aber mächtigen Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ zum Ausdruck.

Die neue, dritte Säule könnte man mit „IMMER WIEDER“ überschreiben: Seit über 200 Jahren haben sich Personen dafür eingesetzt, Demokratie *immer wieder* zu erringen, auszuhandeln oder zu verteidigen; *immer wieder* sind Personen und Personengruppen für demokratische Grundrechte und Verfassungen eingetreten, die heute noch für unsere Demokratie relevant sind.

Das „NIE WIEDER“ und das „IMMER WIEDER“ stehen dabei nur vermeintlich in Konkurrenz zueinander – es braucht beides, um eine lebendige Demokratie zu gestalten. Die neue Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ hat in meinen Augen einen wichtigen Beitrag zur Etablierung dieser dritten Säule zu leisten.

FB: Wie sieht es eigentlich mit den räumlichen Grenzen der deutschen Demokratiegeschichte aus? Können nicht auch Orte der deutschen Demokratiegeschichte in anderen Ländern liegen?

Sprenger: Es gehört zum Auftrag der Stiftung, die Orte der deutschen Demokratiegeschichte soweit möglich in ihren europäischen und weltweiten Kontext einzubetten. Selbstverständlich können Orte der deutschen Demokratiegeschichte historisch eine europäische und transatlantische Dimension haben. Denken Sie nur an die politischen Flüchtlinge nach dem Hambacher Fest und der 1848/49er Revolution. Wir werden viele zum Teil noch wenig bekannte Orte deutscher Demokratiege-

schichte in der Schweiz, in Frankreich, Belgien, England, Polen, den USA finden.

FB: Dieses Gespräch wird im Freiheitsboten des Fördervereins der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt abgedruckt. Was verbindet Sie mit diesem Gedenkort?

Sprenger: Ich habe die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt mehrfach in ganz unterschiedlichen Lebensphasen besucht, als Schüler, als Student und jüngst im Rahmen einer demokratiehistorischen Ausstellungseröffnung mit einem eigenen Vortrag. Die Erinnerungsstätte ist für mich ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie durch entsprechende kulturpolitische Entscheidungen und durch eine gute Umsetzung aus einem Erinnerungsort zur Demokratiegeschichte ein lebendiger Lernort für Demokratie werden kann.

FB: 2024 ist ja bekanntermaßen das Jahr, in dem sich die Revolution von 1849 zum 175. Mal jährt. In welche Rolle sehen Sie die Rastatter Erinnerungsstätte im Reigen der Demokratiegedenkorte?

Sprenger: Die Ereignisse in Rastatt im Juli 1849, die Niederschlagung und das Ende der Badischen Revolution stehen exemplarisch für etwas, was in der deutschen Demokratiegeschichte von der Mainzer Republik über das Hambacher Fest und 1848/49 bis hin zur Weimarer Republik mehrfach festzustellen ist: Der Mut und die Begeisterung, mit der Personen in der deutschen Demokratiegeschichte für die Veränderung der politischen Kultur eintraten und dafür einen hohen persönlichen Preis zu zahlen bereit waren, sind nicht vergebens gewesen.

Wie es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einmal formuliert hat: Unsere heutige Verfassung haben wir auch denen zu verdanken, die sich in unserer Geschichte für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens eingesetzt haben. Nicht das Scheitern, sondern der Versuch der Etablierung einer neuen politischen Kultur, der Demokratieversuch selbst also, wird somit Orientierungs- und Bezugspunkt für unsere demokratiehistorischen Traditionen und unser heutiges Demokratieverständnis – dafür steht Rastatt.

FB: Herzlichen Dank für das Gespräch – und bis dann in Rastatt; wir freuen uns!

Das Gespräch führte Dr. Clemens Rehm, Geschäftsführer des Fördervereins. Dr. Kai-Michael Sprenger kommt im Rahmen des Gedenkjubiläums im Mai nach Rastatt.

Sonderausstellung der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte „Auf dem Weg zur modernen Demokratie“



Dr. Kai-Michael Sprenger, Dr. Andrej Bartuschka und Dr. Josef Ulfkotte in der Sonderausstellung

Foto: Danner

Im Rahmen des 175-jährigen Jubiläums der Revolution 1848/49 war von Mai bis September 2023 die Wanderausstellung „Auf dem Weg zur modernen Demokratie. Die deutschen Freiheitsbewegungen von der Französischen Revolution bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“ in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte zu Gast. Die Ausstellung der in Mainz und Weimar ansässigen Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte e.V. (GEDG) war zuvor unter anderem auch in der Frankfurter Paulskirche zu besichtigen gewesen.

Die GEDG-Wanderausstellung nahm die Besuchenden mit auf eine Reise in die Frühzeit der Demokratie. Auf 16 Tafeln konnten Besucher*innen den Einsatz für Grund- und Menschenrechte, für Demokratisierung und politische Teilhabe sowie für Integration und Gleichberechtigung verfolgen. Eine interaktive Multimediastation, die zusätzliche Informationen und einen tieferen Einstieg in verschiedene Themen ermöglichte, ergänzte die Ausstellung. Dabei wurden nicht nur bekannte Marksteine der Demokratiegeschichte wie die Französische Revolution 1789 und das Hambacher Fest 1832 thematisiert. Die Besucher*innen stießen

auch auf weniger bekannte Kapitel, wie die deutschen Jakobiner und die frühen Republiken der 1790er Jahre sowie die ersten Vorläufer politischer Parteien in Deutschland. Die Ausstellung ließ die Entwicklungen dieser Zeit aus einem politischen, gesellschaftlichen und sozialen Blickwinkel Revue passieren. Sie thematisierte aber auch die Widersprüchlichkeiten der frühen Demokratiegeschichte, deren Forderungen und Vorstellungen sich teils deutlich von unserem heutigen demokratischen Wertesystem unterschieden.

Die Eröffnung der Ausstellung durch den damaligen Vorsitzenden der GEDG Dr. Kai-Michael Sprenger, der zwischenzeitlich zum Direktor der neu gegründeten Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ ernannt wurde, folgte ein Vortrag von Dr. Josef Ulfkotte von der Friedrich-Ludwig-Jahn Gesellschaft e.V. Josef Ulfkotte stellte mit dem „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn einen bekannten, aber auch sehr umstrittenen Vertreter der frühen deutschen Freiheits- und Nationalbewegung vor.

Andrej Bartuschka

Carl-Schurz-Vorlesung – ein leidenschaftliches Plädoyer für eine wehrhafte Demokratie

„Ich bin bekennender Auratiker“ gestand Jörg Bong, als er im Ahnensaal des Rastatter Residenzschlosses am 23. Juli 2023 die Carl-Schurz-Vorlesung begann. Unter dem Namen Jean-Luc Bannalec ist Jörg Bong vielen als Schöpfer der Bestseller um den bretonischen Kommissar Dupin bekannt. Zum Jubiläum „175 Jahre Revolution 1848/49“ kehrt der promovierte Literaturwissenschaftler und Historiker nun zu seinen Wurzeln zurück: Er arbeitet an einer Trilogie über die bewegten Monate der Jahre 1848/49. Der erste Band, „Die Flamme der Freiheit“ liegt seit Herbst 2022 vor.

In Rastatt zeigte Bong sich sichtlich beeindruckt und berührt vom historischen Ort: Im Ahnensaal des Residenzschlosses tagte 1849 das Standgericht, das 21 Männer, die sich an der letzten revolutionären Erhebung beteiligt hatten, zum Tode verurteilte. Das Bundesarchiv, der Förderverein der Erinnerungsstätte sowie die Stadt Rastatt hatten Jörg Bong zu der jährlich stattfindenden gemeinsam veranstalteten Carl-Schurz-Vorlesung eingeladen, um sein Buch „Die Flamme der Freiheit“ über das erste Revolutionsjahr 1848 vorzustellen. Trotz des zeitgleich veranstalteten Stadtfestes waren die Sitzreihen im Ahnensaal gut gefüllt.

Bong bemühte als Titel für seinen Vortrag ein Zitat des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm IV.: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“ Dies jedoch nur um in ein flammendes „Plädoyer für eine resolut wehrhafte Demokratie“ überzugehen: Kunstvoll schlug Bong einen Bogen von den dramatischen Ereignissen vor 175 Jahren bis zur Gegenwart. Im ersten Teil seines Vortrages veranschaulichte er die Gnadenlosigkeit und den Vernichtungswillen, mit der die Gegner gegen die demokratische Bewegung vorgingen. Das große Niederschießen im Juni und Juli 1849 habe zunächst alles beendet, jeden Revolutionswunsch wie auch jeden Reformversuch. In dieser Hinsicht sei die brutale Taktik der Reaktion, die sich nicht zuletzt in der Bombardierung Rastatts gezeigt habe, voll aufgegangen. Den „Festungsboten“, den der Journalist Ernst Elsenhans als demokratisches Sprachrohr und Durchhalteorgan in der belagerten Stadt herausgab, nannte Bong „eines der bewegendsten Dokumente der deutschen Revolutionsgeschichte“.

Den zynischen Ausspruch des Preußenkönigs indes, interpretierte Bong zugleich als Offenbarungseid: Die



Jörg Bong überzeugte und beeindruckte mit seinem klaren Plädoyer für eine wehrhafte Demokratie

Foto: Thalhofer

Idee der Demokratie sei so wirkmächtig, dass sie letztlich nur mit martialischer Gewalt unterdrückt werden könne. Und deshalb – so schlug Bong den Bogen in die Gegenwart – müsse die Demokratie wehrhaft und wehrbereit sein.

Leidenschaftlich warb Jörg Bong für eine resolut wehrhafte Demokratie: In der Auseinandersetzung mit den inneren Feinden von Freiheit und Demokratie müsse man alle Mittel des Rechtsstaates ausschöpfen. „Wir waren und sind viel zu lax im Umgang mit der AfD“, mahnte der Publizist.

Gleichzeitig forderte er, dass für das Fortbestehen der Demokratie auch die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Problemen der Gegenwart unabdingbar sei, wenn die Demokratie nicht zu einer hohlen Formel werden sollte. Jörg Bongs Appell wurde von dem Publikum mit einem langanhaltenden Applaus belohnt, hatte er den Zuhörenden doch eine Botschaft mit auf den Weg gegeben: „Demokratie muss auch das bedeuten: Ein Elefantengedächtnis zu haben für die, die sie erkämpft haben und immer neu erkämpfen.“

Elisabeth Thalhofer



Jahresprogramm 2024

der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte
zum Jubiläum 175 Jahre Revolution 1848/49



Januar

bis 31. Juli 2024

Sonderausstellung

„Schicksalsorte und Lebenswege der Achtundvierziger. Bilder aus der Privatsammlung Ante“

In Kooperation mit dem
Förderverein Erinnerungsstätte e.V.

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

12. Januar 2024, 11:00 Uhr

Theater Axensprung

„Freiheit! 1848. Ein europäischer Traum“

Schulaufführung in Kooperation mit der Stadt
Rastatt

Ort: Reithalle Rastatt, Theatersaal

Februar

22. Februar 2024, 18:30 Uhr

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen
in der Revolution 1848/49“

Franz Sigel (1824–1902) – Der demokratische
Soldat

Dr. Jürgen Dick (Historiker, Bruchsal)

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

März

3. März 2024, 13:30 Uhr

Kombiführung Revolution in Rastatt –
eine Spurensuche im Schloss

Dr. Jürgen Dick

In Kooperation mit SSG und WGM

Ort: Residenzschloss Rastatt

(Schloss, WGM und Erinnerungsstätte)

7. März 2024, 17:00 Uhr

Kuratorenführung durch die Sonderausstellung
„Schicksalsorte und Lebenswege der Achtund-
vierziger. Bilder aus der Privatsammlung Dieter
Ante“

Dr. Andrej Bartuschka

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

21. März 2024, 18:30 Uhr

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen
in der Revolution 1848/49“

Peter Joseph Osterhaus (1823–1917) und
August Willich (1810–1878) – Arbeitspferde für
die Republik

Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck

(Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

April

7. April 2024, 14:30 Uhr

**Revolution in Rastatt – eine Spurensuche
im Schloss**

Dr. Jürgen Dick

In Kooperation mit SSG und WGM

Ort: Residenzschloss Rastatt

(Schloss, WGM und Erinnerungsstätte)

11. April 2024, 17:00 Uhr

Kuratorenführung durch die Sonderausstellung
„Schicksalsorte und Lebenswege der Achtund-
vierziger. Bilder aus der Privatsammlung Dieter
Ante“

Dr. Andrej Bartuschka

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

18. April 2024, 18:30 Uhr

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen
in der Revolution 1848/49“

Henriette Obermüller-Venedey (1817–1893) –
eine überzeugte, „fanatische“ Demokratin und
unbeirrbar Revolutionärin

Birgit Bublies-Godau (Ruhr-Universität Bochum)

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Mai

16. Mai 2024, 18:30 Uhr

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen
in der Revolution 1848/49“

Johanna Kinkel (1810–1858) und Gottfried
Kinkel (1815–1882) – ein Künstlerpaar zwischen
revolutionärem Enthusiasmus und Familien-
alltag

Prof. Dr. Hermann Rösch (TH Köln)

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

17. Mai 2024, 19:30 Uhr

Theater Axensprung

„Freiheit! 1848. Ein europäischer Traum“

Öffentliche Abendaufführung

Ort: Reithalle Rastatt, Theatersaal

18. Mai 2024, 19:30 Uhr

Theater Axensprung

„Freiheit! 1848. Ein europäischer Traum“

Öffentliche Abendaufführung

Ort: Reithalle Rastatt, Theatersaal

19. Mai 2024, 14:30 Uhr

Internationaler Museumstag

Kostümführung mit der Geschichtstheatergesellschaft e.V.

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Juni

13. Juni 2024, 17:00 Uhr

Kuratorenführung durch die Sonderausstellung

„Schicksalsorte und Lebenswege der Achtundvierziger. Bilder aus der Privatsammlung Dieter Ante“

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

13. Juni 2024, 18:30 Uhr

(Nachholtermin der wegen des Bahnstreiks ausgefallenen Veranstaltung vom 16.11.2023)

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen in der Revolution 1848/49“

Eduard von Simson (1810–1899) –

Pragmatiker zwischen Paulskirche, Fürstenhof und Reichsgericht

Tobias Hirschmüller (Historiker, Ingolstadt)

Ort: Vortragssaal Erinnerungsstätte

18. Juni 2024

Vortrag „Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer“ – Die Revolution 1848/49 in Baden

Dr. Elisabeth Thalhofer

Ort: Iserlohn, Stadtarchiv

Juli

23. Juli 2024, 18 Uhr

Demokratisches Bankett zum Doppeljubiläum

„50 Jahre Erinnerungsstätte und 175 Jahre Revolution 1849“

Festvortrag Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Stephan Harbarth,

Tischrede Finanzminister BW Dr. Danyal Bayaz

In Kooperation mit den Staatlichen Schlössern und Gärten Baden-Württemberg

Geladene Gäste und Kontingent an freien Plätzen

Ort: Residenzschloss Rastatt, Sala Terrena

Änderungen vorbehalten!

Mögliche tagesaktuelle Änderungen finden Sie unter www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette

September

19. September bis Februar 2024

Sonderausstellung „Schwarz-Rot-Gold:

Unerwartete Begegnungen mit den deutschen Farben – Fotografien von Egbert Zinner“

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Oktober

12. Oktober 2024, 10:00 Uhr

Auf die Barrikaden! – **Spieleerfinderworkshop** mit dem Spieleerfinder Stefan Feld

In Kooperation mit der Stadtbibliothek Rastatt und dem Stadtarchiv Rastatt

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt und Stadtbibliothek Rastatt

17. Oktober 2024, 18:30 Uhr

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen in der Revolution 1848/49“

Daniel Heinrich Saul (1809–1874) – ein „Macher“ der Revolution vor Ort

Andreas Weiß (Historiker, Tiengen)

Ort: Vortragssaal Erinnerungsstätte

November

14. November 2024, 18:30 Uhr

Vortragsreihe „Es lebe die Freiheit! Menschen in der Revolution 1848/49“

Friedrich Kaiser (1815–1889) – ein Maler und sein Werk in Revolutionszeiten

Carola Hoécker (Kunsthistorikerin, Lörrach)

Ort: Vortragssaal Erinnerungsstätte

21. bis 22. November 2024

Tagung „Umbruch, Aufbruch und die langen Linien der Demokratie – Die Revolution 1848/49 im Spiegel aktueller Herausforderungen und Chancen der Demokratie – IV. Jahrestagung des Jubiläumsnetzwerks 175 Jahre Revolution 1848/49“

In Kooperation mit dem Friedhof der Märzgefallenen Berlin, dem Historischen Museum Frankfurt, dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig sowie der Louise Otto-Peters Gesellschaft Leipzig

Ort: Leipzig, Alte Handelsbörse



48/49 – Meilensteine der deutschen Demokratiegeschichte

Wie der Deutsche Bundestag seiner Parlamentstraditionen gedenkt



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundestagspräsidentin Bärbel Bas mit DHM-Präsident Raphael Gross und den früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble und Wolfgang Thierse vor der Verfassungsurkunde

Foto: DBT/Felix Zahn/photothek

Die Rede vom Müllhaufen der Geschichte ist geläufig. Doch wann ist sie schon einmal so real wie hier: Dass das Original der in der Paulskirche 1849 verabschiedeten ersten gesamtdeutschen Verfassung heute überhaupt noch existiert, verdankt sich einem Zufallsfund. Im Sommer 1951 entdeckte ein Potsdamer Schüler dieses Schlüsseldokument der deutschen Demokratiegeschichte auf einer Schutthalde am Seeufer des Potsdamer Neuen Garten – im Einband zerfleddert und das Pergament verwittert. Die Geschichte hat ihre Spuren hinterlassen.

Aus Anlass des Revolutionsjubiläums haben die Wissenschaftlichen Dienste im Deutschen Bundestag den abenteuerlichen Weg der Urkunde über 175 Jahre nachgezeichnet. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eröffnete am 27. März 2023 im Reichstagsgebäude und in Anwesenheit des Bundespräsidenten sowie ihrer Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble und Wolfgang Thierse die Ausstellung „Odyssee einer Urkunde. Die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849“.

Es war der Auftakt einer Reihe von Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen, mit denen der Deutsche Bundestag in dieser Legislaturperiode an deutsche Demokratie- und Parlamentstradi-

tionen erinnert: 2023/24 jährt sich die Revolution mit dem ersten gesamtdeutschen Parlament in der Frankfurter Paulskirche und die Verabschiedung des Grundgesetzes mit der Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages – genau einhundert Jahre später.

1848/49: Sternstunde des Parlamentarismus

Ohne Barrikade kein modernes Parlament – ohne Parlament keine dauerhaften Märzerrungenschaften: Dieser Befund des Historikers Rüdiger Hachmann, in dem das häufige Ausspielen zweier Revolutionsebenen von 1848/49 aufgelöst wird, ist von zentraler Bedeutung – weshalb die Präsidentin des Deutschen Bundestages 2023 auf den beiden zentralen Erinnerungsorten von 1848 sprach: am 18. März auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin und am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche. Der in der Nationalversammlung Ende März 1849 verabschiedete Rechtsrahmen für einen deutschen Nationalstaat ist ein Meilenstein der deutschen Verfassungsgeschichte: „Einen demokratischen Staat, als ihn die Paulskirche vorsah“, schreibt der Historiker Dieter Langewiesche, „gab es damals (und lange danach) in Europa nicht.“ Insbesondere die umfassenden Grundrechte, die jegliches staatliches Handeln binden sollten, wirkten bis ins Bonner Grundgesetz fort – genauso die Konzeption eines föderalen Bundesstaates oder der Oberste Gerichtshof.

Angelegt als Objektbiografie erzählen die Ausstellung des Deutschen Bundestages und eine reich bebilderte Begleitbroschüre über die Pergamenturkunde eine etwas ‚andere‘ Verfassungsgeschichte – und lenken den Blick auf das parlamentarische Verfahren. Im März 1849 verzettelten sich – entgegen dem zeitgenössischen Vorwurf und landläufigen Klischee vom „Parla-Parla-Parlament“ (Georg Herwegh) – die Abgeordneten gerade nicht in endlosen Debatten, sondern fanden einen mehrheitsfähigen Kompromiss. Vorangegangen war ein „Pakt“, auf den sich die Liberalen um Heinrich von Gagern und ein Teil der Demokraten um Heinrich Simon einigten: das preußische Erbkaisertum für die eine Seite – und eine starke Stellung des Parlaments auf Grundlage eines allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts für die andere. Diese Art des Handels galt vielen damals als Prinzipienverrat und fast unanständige Klüngelei. Wir würden es heute wohl – historisch vereinfachend – „Koalitionsvertrag“ nennen.



Blick in die Ausstellung in der Abgeordnetenlobby des Reichstagsgebäudes

Foto: Felix Zahn / photothek

Mit ihrem Fokus auf die Parlamentarier und die Verfassung steht die Bundestagsausstellung ein wenig quer zum Zeitgeist, der die radikaler auftretenden republikanischen Revolutionäre 1848 hervorhebt, die in ihren Vorstellungen unserer Gesinnung zwar näherstehen mögen, die in der Wahl ihrer Mittel aber auch heute wohl kaum mehrheitsfähig wären – und das auf Kosten der vielen zum Teil längst vergessenen Parlamentarier, die über alle gesellschaftlichen und politischen Spaltungen hinweg nach einem Konsens suchten.

Formal gesehen – zumindest der Rechtsauffassung der Nationalversammlung zufolge – trat die Verfassung unmittelbar am 28. März 1849 in Kraft. Die Verfassungsurkunde, unterzeichnet, ausgefertigt und publiziert durch das Präsidium um Eduard Simson, verbürgte materiell ihre Rechtsgültigkeit. Dass ein Großteil der Volksvertreter das Dokument unterzeichnete, diente vor allem gegenüber der erstarkenden Reaktion als öffentlichkeitswirksames politisches Symbol der Geschlossenheit. Die Parlamentarier orientierten sich dabei am historischen Vorbild der amerikanischen Verfassung von 1787 und der belgischen Verfassung von 1831. Mit ihrer Unterschrift akzeptierten knapp 75 Prozent der Anwesenden das Ergebnis der parlamentarischen Arbeit – eine beeindruckende Zahl, stammten die meisten Nichtunterzeichner doch aus den österreichischen Ländern, die gar nicht Teil des neuen kleindeutschen Nationalstaates sein sollten.

Insgesamt 405 Abgeordnete unterschrieben auf dem Pergament, so viele wie nirgends sonst. Das ist den meisten Revolutionsgeschichten dennoch keine Erwähnung wert, war aber ein individuelles wie parteiübergreifendes öffentliches Bekenntnis

zum Parlamentarismus und zur verfassungsgebenden Kompetenz der Nationalversammlung – gerade auch, weil viele liberale, demokratische und selbst republikanische Abgeordnete erwarteten, dass ein neu gewählter Reichstag Verfassungsrevisionen in ihrem Sinne beschließen würde. Wer den 28. März 1849 nur für den Tag einer – noch dazu erfolglosen – Kaiserwahl hält, übersieht die eigentliche Sternstunde des Parlamentarismus, in der es nach langwierigen Debatten und erbittertem Prinzipienstreit den Volksvertretern gelang, sich auf einen tragfähigen Kompromiss zu verständigen.

Die Reichsverfassung: Odyssee einer Urkunde

Die äußerst fragile Pergamenturkunde, die das Deutsche Historische Museum (DHM) für immerhin eine Woche der Ausstellung zur Verfügung stellte, überdauerte Monarchien und Republiken, Diktaturen und Demokratien. Sie wanderte von einem Ort zum nächsten, überquerte dabei Landesgrenzen und ging durch viele Hände: die der Frankfurter Abgeordneten, von Archivaren, Bibliothekaren, Ausstellungsmachern, Soldaten und sogar einem schillernden Kleinkriminellen. Die Biografie der Urkunde ist voller unvorhergesehener Volten und führt an verschiedene Orte: von Frankfurt über Manchester, wo sie bis 1870 im Tresor liegend die politische Reaktion im Deutschen Bund überdauerte, nach Berlin – ins Büro des Reichstagspräsidenten. Von da – zwischenzeitlich aus der Parlamentsbibliothek gestohlen und auf einem Dachboden wiederaufgefunden – über einen Kalischacht in Staßfurt (zum Schutz vor Bomben im Zweiten Weltkrieg) nach Potsdam. Und schließlich



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas mit ihren Amtsvorgängern Wolfgang Schäuble und Wolfgang Thierse

Foto: DBT/Felix Zahn/photothek

über den Umweg des Schutthaufens nach Ost-Berlin ins Zeughaus, damals Sitz des neu gegründeten Museums für deutsche Geschichte der DDR, deren Bestände 1990 vom DHM übernommen wurden. Im „romanhafte[n] Schicksal“ des Dokuments, von dem der Rechtswissenschaftler Jörg-Detlef Kühne spricht, vermischt sich beides: Einflüsse der allgemeinen deutschen Geschichte und die Kontingenz einer beispiellosen Irrfahrt.

Der Blick auf die deutsche Revolution hat sich immer wieder verändert. Wie unter einem Brennglas zeigt sich im Streit um das „Erbe von 1848“ der wechselhafte Umgang der Deutschen mit den eigenen parlamentarischen, freiheitlichen und demokratischen Traditionen, ihre Marginalisierung, Aneignung und nicht zuletzt ihre Instrumentalisierung. Am Beispiel der Präsentation der Urkunde in Ausstellungen zu ganz unterschiedlichen Zeiten und in ganz unterschiedlichen politischen Systemen lässt sich zeigen, wie die Verfassung stets neue Anknüpfungspunkte bot, um die eigene Gegenwart zu deuten. Die Paulskirchenverfassung diente in Weimar der schwarz-rot-goldenen Traditionsbildung, wurde von den Nationalsozialisten in eine völkisch-nationalistisch gedeutete Reichserzählung eingebettet und der DDR zum Bezugspunkt ihrer Würdigung sozialistischer Vorkämpfer. Was an der Verfassung jeweils zeitgemäß, zukunftsweisend und damit als relevant erschien, wurde (und wird) immer wieder neu verhandelt. 1998, zum 150. Jahrestag, dominierte die europäische Perspektive. Und was sich am Ende des Jubiläumsjahres 2023/24 als Groß Erzählung durchgesetzt hat, wird sich noch erweisen müssen. Absehbar ist aber schon jetzt: Zukünftige „Traditionsbildner“ (Dieter Langewiesche) werden wieder ganz andere Dinge an der Paulskirchenverfassung interessieren.

1848/49 – 1948/49 – geteilte Erfahrungen

Am 11. Mai 2023 gedachte der Deutsche Bundestag in einer Vereinbarten Debatte des Einzugs der deutschen Nationalversammlung in die Frankfurter Paulskirche und der Ausarbeitung der ersten gesamtdeutschen Verfassung – eine keineswegs selbstverständliche Würdigung durch das Parlament. In den Redebeiträgen der Fraktionen bildete sich ein Konsens über die Notwendigkeit heraus, die demokratischen Traditionen in der Erinnerungskultur unseres Landes stärker zu berücksichtigen, und es entstand gleichzeitig durch unterschiedliche Akzentsetzungen ein facettenreiches Bild des Nachwirkens der Ereignisse vor 175 Jahren. Die deutsche Demokratiegeschichte bleibt eben eine Geschichte von Umwegen und auch folgenschweren Abwegen, und jede Zeit stellt ihre eigenen Fragen an sie – dafür will die Ausstellung sensibilisieren, die mit ihrer parlamentarischen Schwerpunktsetzung selbst nur eine mögliche Lesart der Epoche anbietet.

Aufgrund der starken Resonanz und des Engagements der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratiegeschichte e.V. wird die Ausstellung 2024 bundesweit auf Wanderschaft gehen. Gefördert vom Bundesministerium des Innern und für Heimat ist sie neben dem Bürgerfest zum Staats- und Grundgesetz-Jubiläum in Berlin auch in Frankfurt, Weimar und Bonn zu sehen – also an den Orten, wo Verfassungsgeschichte geschrieben wurde: neben der Paulskirche im Bonner Museum Koenig als Eröffnungsort des Parlamentarischen Rats und im Nationaltheater Weimar, wo die erste republikanische Verfassung verabschiedet wurde. Die symbolische Verbindung dieser „Orte der Demokratiegeschichte“ setzt im doppelten Jubiläumsjahr der Paulskirchenverfassung und des Grundgesetzes ein eigenes erinnerungsgeschichtliches Zeichen.

Während die „Odyssee einer Urkunde“ also auf Tour geht, ist ab Ende März in den Schaufenstern des Paul-Löbe-Hauses für die vielen Flaneure am Spreeufer eine Ausstellung über Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Verfassungsgeschichte zu sehen. Unter dem Titel „48/49 – Zwei Jahre, zwei Epochen, zwei Verfassungen – Ein Land“ spannt sie den Bogen von der Reichsverfassung 1849 zum Grundgesetz 1949. Zwischen Märzrevolution und Gründung der Bundesrepublik liegt ein Jahrhundert. Ein untergegangenes Kaiserreich, eine gescheiterte Republik, zwei zerstörerische Weltkriege – und die Shoah. Der Kontrast beider Epochen könnte kaum größer sein. Die Verfassungsmütter und -väter in Bonn knüpften aber an die demokratische und parlamentarische Tradition von Frankfurt 1848/49 an: symbolisch in den Farben Schwarz-Rot-Gold – vor allem im zentralen Stellenwert individueller Grundrechte.

Diese langen Linien zu kennen, ist für das historische Bewusstsein eines Landes wichtig. Aber wir sollten skeptisch bleiben gegenüber allzu bruchlosen Ankunfts- oder Erfüllungsgeschichten. Statt vereinfachender Kontinuitätserzählungen braucht es den Blick für die Ambiguität jeder Epoche, für die Widersprüchlichkeiten und die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen in der Geschichte – auch das lehrt die ambivalente Revolutionsepoche und der Umgang mit ihr. Im besten Falle ist Demokratiegeschichte gerade kein Ausdruck demokratischer Selbstzufriedenheit über das Erreichte, sondern lehrt, Engagement, Offenheit und Toleranz als beständige Herausforderung anzunehmen.

Klaus Seidl und Hilmar Sack

Dr. Klaus Seidl ist als Historiker bei den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages tätig. Dr. Hilmar Sack leitet dort den Fachbereich Geschichte, Politik und Kultur.



**75 Jahre
Demokratie
lebendig**

Das Geschichtsangebot des Deutschen Bundestages mit Sonderebenen zur Revolution von 1848/49, zur Weimarer Republik und 75 Jahren Bundestag unter:

www.bundestag.de/parlament/geschichte

Das laufend aktualisierte Programm zum Jubiläumsjahr „75 Jahre Bundestag – Demokratie lebendig“ unter:

www.bundestag.de/75-jahre

Die Ausstellung „Odyssee einer Urkunde“ ist im Rahmen des Bürgerfestes der Bundesregierung vom 24. bis 26. Mai 2024 in der Halle des Paul-Löbe-Hauses zu sehen. Bereits ab 18. März wird die Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche präsentiert, im Sommer dann im Museum Koenig in Bonn und im Herbst im Nationaltheater Weimar.

Eine ausführliche, reich bebilderte Broschüre zur Ausstellung kann über www.btg-bestellservice.de/informationmaterial/49/anr20100000 bestellt werden und steht unter www.bundestag.de/ausstellung/reichsverfassung auf Deutsch und Englisch zum Herunterladen bereit.

Ab Ende März zeigt der Bundestag in den Fenstern des Paul-Löbe-Hauses zum Spreeweg die Ausstellung „48/49 – Zwei Jahre, zwei Epochen, zwei Verfassungen – Ein Land“.

Auf einer eigenen Sonderebene seiner Homepage stellt der Deutsche Bundestag zahlreiche Informationen zur Revolution von 1848/49 und dem parlamentarischen Gedenken daran bereit:

www.bundestag.de/parlament/geschichte/paulskirche



Bundesarchiv, Z5g 8-515/ Grafiker: Schroedter, Adolph

Das wechselhafte Schicksal des **Denkmals der standrechtlich Erschossenen** von 1849 in Rastatt



Im Jahr 2017 ehrte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Denkmal für die standrechtlich Erschossenen von 1849 mit seinem Besuch.

Vier Bundespräsidenten erwiesen in den vergangenen Jahrzehnten dem Denkmal für die 1849 standrechtlich Erschossenen auf dem ehemaligen Rastatter Stadtfriedhof die Ehre (Gustav W. Heinemann, Johannes Rau, Joachim Gauck und Frank-Walter Steinmeier). Jetzt gelang es in einer gemeinsamen Aktion der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte mit ihrem Förderverein, dem Kreisarchiv, dem Stadtarchiv und dem Klinikum Mittelbaden den Platz an der Ludwigsfeste wieder in einen würdigen Zustand zu versetzen. Auch die Schrift an dem Denkmalstein wurde neu vergoldet.

Es war in den letzten 175 Jahren eine wechselhafte Geschichte, welche schließlich die spätere Würdigung der 19 erschossenen Demokraten und Freiheitskämpfer begleitete. Nach der Kapitulation der Revolutionäre am 23. Juli 1849 in Rastatt wurde ein Standgericht eingesetzt, das im Ahnensaal der ehemaligen Residenz tagte. Die Richter waren Preußen, die Ankläger und Verteidiger Badener. Neben zahlreichen Zuchthausstrafen wurden auch 21 Todesurteile ausgesprochen, von denen 19 vollstreckt wurden.

Man wollte ein Exempel statuieren und vom 7. August bis 20. Oktober 1849 fanden exemplarisch Erschießungen durch freiwillige Soldaten, erst im trockenen Graben der Ludwigsfeste, dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit in der Leopoldsfeste statt. Die Erschossenen wurden ohne Sarg, Kreuz, Grabhügel und Kennzeichnung auf dem Rastatter Friedhof vergraben.

Folgend der Generalamnestie von 1862, bildete sich in Rastatt in aller Stille ein Komitee, vor allem mit Sozialdemokraten, welches sich für eine würdige Bestattung der Erschossenen einsetzte. Eine beachtliche Summe für die Errichtung eines Standrechts-Denkmals wurde gesammelt. Zunächst aber kennzeichnete man wenigstens die Gräber durch schlichte Kreuze mit Blechtafeln. 1873 wurde ein Denkmal für die Stätte der standrechtlich Erschossenen auf dem Rastatter Friedhof entworfen. Widerstand gab es von vornherein durch den preußischen Gouverneur der Festung Rastatt, von Gayling, der nach der Errichtung einen Kult für die Standrechtsoffer kommen sah. Der beauftragte Rastatter Bildhauer Franz Breunig schuf trotzdem einen Sandstein-Obelisk, der mit Symbolen der Tapferkeit und des Friedens versehen war. Aber der amtierende Festungskommandant verweigerte die Aufstellung. So wurde das Denkmal in den Heimatort von Revolutionär Amand Goegg nach Renchen verbracht, wo es quasi als eine Rastatter



In einer gemeinsamen Aktion wurde die Goldschrift am Rastatter Standrechtsdenkmal aufgefrischt.

Fotos und Sammlung: Wollenschnieder



Ersatzhandlung für den Schultheißen und Autor Grimmelshausen eingeweiht wurde.

Der Wunsch in Rastatt für eine Denkmalwürdigung der Standrechtstopfer dauerte trotz des Widerstands der Militärverwaltung an. Mehrere Versuche scheiterten, als sich durch die Auflösung der Festung Rastatt 1890 eine neue Chance ergab. So wurden die Gräber der Standrechtstopfer neugestaltet und mit einem Eisengitter eingerahmt. Und tatsächlich kam ein 3,10 Meter hoher Syenit-Findling am 20. August 1899 zum 50-jährigen Jubiläum der badischen Revolution zur Aufstellung, den der Rastatter Bildhauer Hans Jucker geschaffen hatte.

Das badische Innenministerium erlaubte zwar die Nennung der Erschossenen, aber eine Widmung wurde verboten. Allerdings wiesen die Inschrift „Ruhestätte ... der standrechtlich erschossenen.“ und eine blanke Tafel darauf hin, dass man mehr vorgesehen hatte. Verboten war auch in Rastatt eine Einweihungsfeier. Diese fand ersatzweise 1899 auf dem Mannheimer Friedhof statt. Dann zwi-



Das zuerst für Rastatt vorgesehene und blockierte Standrechtstopferdenkmal wurde in Renchen von Armand Goegg eingeweiht.

schen 1905 und 1909 fanden auf dem Rastatter Friedhof verbotene Gedenkfeiern statt.

1909 war es dann auch, dass am 2. Juli die erste offizielle und vom Bezirksamt genehmigte Gedenkfeier in Rastatt möglich war. Die noch 1899 verbotene Widmung, dass die Denkmalerichtung durch amerikanische und deutsche Demokraten sowie Sozialdemokraten ermöglicht worden war, wurde in die erwähnte Tafel eingelassen. Auch die vorgesehene Formulierung „... standrechtlich erschossenen *Freiheitskämpfer*“ kam dazu.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Standrechtsdenkmal knapp zehn Meter versetzt und eine Tafel mit der Inschrift: „Zur Erinnerung an Carl Schurz. Den edlen Kämpfer für Freiheit und Recht“ kam hinzu. Außerdem wurden durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. dem Ensemble zwei Gräberfelder für 141 bekannte und fünf anonyme Rastatter Kriegstopfer hinzugefügt. Zwei Steinblöcke mit Bronzetafeln an den im Jahr 1945 im KZ Dachau umgekommenen Kommunisten Karl Geiges und den Rastatter jüdischen Mitbürger Hugo Levi vervollständigten das Ensemble.

Rainer Wollenschneider



Jubiläum Badische Revolution 1848/49

Flüssige Hommage an die Rastatter Bürgersoldaten: Ludwig Haass widmet Demokraten einen Revolutionswein



*Als Hommage an „Die Bürgersoldaten von Rastatt“ von 1849 hat der Hambacher Winzer Ludwig Haass im Rahmen der Reihe von Kämpfer*innen für demokratische Rechte eine Sonderedition herausgebracht.*

Foto: Wollenschneider

Die Vorbereitungen mit Ausstellungen und Veranstaltungen zu 175 Jahre Revolution in Baden und Rastatt laufen auf Hochtouren. Dazu hatte das langjährige Mitglied des Fördervereins der Erinnerungsstätte, der Winzer Ludwig Haass aus Neustadt-Hambach in der Pfalz, eine zündende Idee. Er setzte seine Weinserie mit Hommagen zu Personen der deutschen Freiheitsbewegung mit Kämpfer*innen für Grund- und Freiheitsrechte fort.

Ein Anlass dafür war auch die kürzlich erschienene Publikation „Die Bürgersoldaten von Rastatt“, verfasst von Jürgen Dick. Ausgewählt wurde das Pro-

dukt von der Chardonnay-Rebe, auch in Erinnerung an die Überlieferung, dass damals die vom 1. bis 23. Juli 1849 in der Bundesfestung Rastatt eingeschlossenen Revolutionäre dem Rebensaft nicht abgeneigt waren.

Die Landwirtschaftskammer prämierte den Wein mit der kurz und bündigen Laudatio zur Sensorik: „DIE BÜRGER SOLDATEN ... sind mutig, erhalten von der Pfälzer Volkswehr Waffenbruderschaft und diesen eleganten Wein mit feiner Frucht und Aromen aus der Chardonnay Rebe.“

In der Galerie der Frauen und Männer des Hambacher Winzers Haass sind die Kämpfer für Demokratie und Recht in guter Gesellschaft. Gewürdigt wurde beispielsweise die Retterin der schwarz-rot-goldenen Hauptfahne des Hambacher Fests von 1832, Anna Maria Abresch, oder die ausgewiesenen Demokraten Johann G. A. Wirth und Philipp J. Siebenpfeiffer. Zündende Titel sind auch „Völkerfreundschaft“ oder zum Mitteilungsblatt der Rastatter Bundesarchiv-Erinnerungsstätte passend „Der Freiheitsbote“. Außerdem gibt es als „Kult-Rotwein“ aus der Regent-Rebe „Das TyrannenBlut“.

Bei der jüngsten Hommage des Ludwig Haass Weinhauses „Hambacher Freiheit“ wird mit einem auf der Dreiviertelliter-Flasche aufgetragenen Etikett zunächst bildlich an den Ausbruch des dritten badischen Aufstands ab dem 12. Mai 1849 erinnert. Der historische Fantasie-Stich zeigt die Ereignisse um das Rastatter Barockschloss, entnommen der „Illustrierten Zeitung“ vom 23. Juni 1849.

Im beigefügten Flaschentext werden „Die Bürgersoldaten von Rastatt“ ausführlich gewürdigt. Die Stadt an der Murg war 1849 im Rahmen der Reichsverfassungskampagne für die allgemeine Durchsetzung der demokratischen Rechte ein Vorbild. Dabei wurde eine Basis für eine allgemeine Wehrpflicht und den „Bürger in Uniform“ in der Gegenwart gelegt.

Weitere Info unter www.haass-wein.de

Rainer Wollenschneider

Ausstellungseröffnung und Vortrag

Die Revolution verschlingt ihre Kinder

Irmgard Stamm schilderte das Schicksal eines 1849 standrechtlich Erschossenen

Im Jahr 1849 wurden im Rahmen des dritten badi-schen Aufstands 19 von 21 von einem preußi-schen Standgericht ausgesprochene Todesurteile in Rastatt durch Erschießen vollstreckt. Eines der Opfer war der Kölner Revolutionär Jean Joseph Jansen, der am 20. Oktober nach der Inhaftierung in der titulierte „Todeskasematte“ am heutigen Panoramaweg sein Leben verlor.

Im Rahmen der laufenden Vortragsreihe in der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte in der Rastatter Barockresidenz zu „Menschen in der Revolution 1848/49“ wurde der zwischenzeitlich „vergessene Protagonist zum Leben erweckt“, so die Leiterin der Erinnerungsstätte, Elisabeth Thalhofer. Dieses bei der Einführung zu einer gleichzeitig eröffneten Sonderausstellung mit präsentierten bildlichen Originalen zum Vormärz, über die Revolutionen von 1848/49 bis hin zur Rezeptionsgeschichte.

Die Einführung zu den 26 großformatigen Rahmen und zwei Vitrinen hatte die Spezialistin und Forscherin Irmgard Stamm, ehemalige Kreisarchivarin und Vorsitzende des Historischen Vereins Rastatt, übernommen. Sie breitete ihre Recherchen zu Jean Jansen als exemplarisches Beispiel unter dem Titel: „Erschossen in Rastatt. Die Revolution verschlingt ihre Kinder!“ aus.

Den zahlreichen Vernissage-Gästen wurde das Schicksal des engagierten Demokraten Jean Jansen offengelegt. Besonders beeindruckten die von Irmgard Stamm aus Archivmaterial zitierten Ausschnitte aus Abschiedsbriefen, die Jansens Kampf ums Überleben dokumentierten.

Zu der parallel verlaufenden Ausstellungseröffnung „Schicksalsorte und Lebenswege der Achtundvierziger“ hat der engagierte Sammler Dieter Ante einen Teil seiner „Schatzkammer“ mit originalen Stichen, Zeitungsausschnitten, Karikaturen usw. zugänglich gemacht.

Andrej Bartuschka und Elisabeth Thalhofer von der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte haben ein detailliertes Begleitheft erarbeitet. Die Handreichung begleitet erklärend und erhellend die Sonderausstellung. Die von Irmgard Stamm und Andrej Bartuschka kommentierten Bilder laden zu einem Rundgang durch die chronologisch angeordnete Präsentation ein.



Eröffnung der Ausstellung „Schicksalsorte und Lebenswege der 48er“ mit Exponaten aus der Sammlung Ante. Auf dem Bild „die Macher“ (v.l.): Irmgard Stamm, Dieter Ante, Elisabeth Thalhofer und Andrej Bartuschka.

Foto: Wollenschneider

Interessant auch der Bogen, den Irmgard Stamm bei der Ausstellungseröffnung in die Gegenwart spannte. Sie zeigte, wie durch bürgerschaftliches Engagement von Mitgliedern des Historischen Vereins gelungen ist, die Rastatter Festungswerke Cavalier I und die so genannte „Todeskasematte“, in der die zum Tode Verurteilten auf ihre Hinrichtung warteten, vor dem Verfall zu retten.

Was die Sonderausstellung zu „Schicksalsorte und Lebenswege der Achtundvierziger“ betrifft, so würdigte der Geschäftsführer des Fördervereins, Clemens Rehm, den „Beitrag für die Volksaufklärung zur Demokratiegeschichte“. Es werde ein „Schatz“ mit noch mancher Unbekannten präsentiert.

Die Ausstellung ist noch bis zum 31. Juli 2024 in der Erinnerungsstätte zu sehen.

Rainer Wollenschneider

Der Säbel von Konrad Heilig

Ein Exponat geht auf Wanderschaft

„Ich sterbe für die gerechte Sache, Gott wird mich richten!“ So hält Johann Georg Heilig die letzten Worte seines Sohnes Konrad fest. Geäußert haben soll dieser sie kurz bevor ihn bei der standrechtlichen Erschießung am 11. August 1849 die Gewehrkegel preußischer Soldaten trafen.



Elisabeth Thahofer gibt den Säbel von Konrad Heilig leihweise in die Hände von Tobias Engelsing

Foto: Danner

Konrad Heilig war 1849 als Unteroffizier in der Bundesfestung Rastatt stationiert – in den Wirren des Soldatenaufstandes im Mai verhinderte er wohl den Ausbruch eines blutigen Bürgerkrieges: In der Festung Rastatt hatten sich die dort stationierten Soldaten offen auf die Seite der Demokraten und Republikaner gestellt. Der Verbrüderung mit der Bürgerwehr folgte die Forderung nach der Vereinigung auf die von den Abgeordneten der Paulskirche ausgearbeiteten Reichsverfassung.

Der badische Kriegsminister General Hoffmann eilte deshalb aus Karlsruhe herbei, um die Lage zu beruhigen – erreichte jedoch das Gegenteil. Als er seinen Soldaten befahl, Kanonen gegen die Meuternden in Stellung zu bringen, warf sich Konrad Heilig vor die Mündung solch einer Kanone, verschloss die Öffnung des Mündungsrohrs mit seinen bloßen Händen und beschwor die Kameraden, nicht auf Ihresgleichen zu schießen. Heilig hatte Erfolg, dem Kriegsminister blieb nur die eilige Flucht.

Von Rastatt aus griff der Aufstand auf ganz Baden über. Der Großherzog floh außer Landes und rief Truppen des Deutschen Bundes zur Hilfe. Diese marschierten unter Führung Preußens in Baden ein und drängten die zahlenmäßig unterlegenen Aufständischen in erbitterten Kämpfen immer weiter zurück. Die Festung Rastatt wurde zur letzten Bastion der Revolution – die Bundesfestung wurde zur „Freiheitsfestung“. Nach fast einmonatiger Belagerung mussten die dort eingeschlossenen Aufständischen sich jedoch ergeben – am 23. Juli 1849 kapitulierten sie bedingungslos. Zahlreiche Revolutionäre wurden von einem preußischen Standgericht abgeurteilt, 19 in Rastatt hingerichtet. Einer von ihnen war Konrad Heilig.

Ein besonderes Zeugnis dieser dramatischen Ereignisse wird in der Dauerausstellung der Erinnerungsstätte gezeigt und ging 2023 als Leihgabe auf Wanderschaft: der Säbel von Konrad Heilig wurde Teil der Sonderausstellung „Jetzt machen wir Republik! Die Revolution von 1848/49 in Baden“, die vom 17. Mai 2023 bis zum 7. Januar 2024 von den Städtischen Museen in Konstanz gezeigt wurde. Deren Direktor Dr. Tobias Engelsing war eigens von Konstanz nach Rastatt gekommen, um das besondere Exponat in Empfang zu nehmen. Zusammen mit der Totentafel Heiligs war der Säbel dort eindrucksvoll arrangiert und für die Besucher*innen der gelungenen Sonderausstellung zu sehen.

Elisabeth Thahofer

Teamausflug nach Konstanz zur Ausstellung

„Jetzt machen wir Republik. Die Revolution von 1848/49 in Baden“

Am 22. November 2023 fand der jährliche Ausflug der Mitarbeiter*innen der Erinnerungsstätte, der Vorstandsmitglieder des Fördervereins und der Geschichtsvermittler*innen statt. Dem Anlass des 175-jährigen Gedenkens an die Revolution entsprechend, war unser Ziel das Kulturzentrum am Münster in Konstanz, in dem vom 17. Mai 2023 bis 7. Januar 2024 die Sonderausstellung „Jetzt machen wir Republik“ gezeigt wurde. Leider bestand unsere Delegation wegen vieler krankheitsbedingter Absagen nur aus vier Personen. Allerdings waren mit Elisabeth Thalhoffer, Andrej Bartuschka, Jürgen Dick und Erich Liesecke sowohl die Leitung der Erinnerungsstätte als auch der Vorstand des Fördervereins und die Geschichtsvermittler vertreten. Nachdem die mit dem Zug Angereisten die zur Zeit allzu häufigen Verspätungen der Deutschen Bahn erduldet hatten, empfing uns der Direktor des Rosengartenmuseums und Kurator der Ausstellung, Dr. Tobias Engelsing, zu einer Führung mit gleichzeitigem Werkstattgespräch.

Die Ausstellung an einem der zentralen Orte der Revolution von 1848/49, der Ausgangspunkt des Heckerzuges im April 1848 war, erinnerte in einer großen Sonderschau an die damaligen politischen Forderungen und Ereignisse. Gleichzeitig sollte diese Erinnerung an markante Frauen und Männer dieser frühen demokratischen Volksbewegung auf erstaunlich aktuelle Bezüge verweisen: Wer frei leben will, muss sich auch für die Freiheit einsetzen. Ziele, die mit denjenigen unserer Erinnerungsstätte identisch sind.

Seltene Relikte der Revolutionszeit, schimmernde Objekte des badischen Hofes, zahlreiche Bezüge zur Schweizer Nachbarschaft, frühe Fotografien und berührende Erinnerungsstücke aus den Nachlässen der prominenten Köpfe der Revolution verschafften tiefe Einblicke in die damalige Zeit. Vor allem erinnerten sie daran, dass die Urväter und Mütter der Demokratie vor 175 Jahren Leib, Leben und Existenz für Werte wie Menschen- und Grundrechte eingesetzt hatten, die uns heute selbstverständlich geworden sind.

Die Exponenten der Revolution waren als Figuren in Lebensgröße dargestellt: an erster Stelle selbstverständlich Friedrich Hecker, fast lebensecht wirkend in dreidimensionaler figuraler Darstellung, aber auch andere Revolutionsgrößen wie u.a. Gustav Struve, Amand Goegg, Karl Mathy, Lorenz Brentano und Franz Sigel oder die revolutionären Frauen wie Amalie Struve und Emma Herwegh.

All dies wurde von Tobias Engelsing mit sehr viel Hintergrundwissen kompetent kommentiert. Im



In Konstanz auf Heckers Spuren: Erich Liesecke, Andrej Bartuschka, Tobias Engelsing, Elisabeth Thalhoffer und Jürgen Dick (v.l.n.r.)

Foto: Foege

begleitenden „Werkstattgespräch“ wurden Erfahrungen im Hinblick auf museumsdidaktische bzw. -pädagogische Methoden, Besucherzahlen, Werbung und nicht zuletzt die Finanzierung von Ausstellungen, die sich in Konstanz weitestgehend auf Spenden stützen musste, diskutiert.

Die Nachbesprechung fand im stilvoll historisch gestalteten Café des Rosgartenmuseums statt bei einem Imbiss mit regionalen Spezialitäten. Insgesamt ein erlebnisreicher Besuch, der nicht nur tiefe Eindrücke, sondern auch neue historische Erkenntnisse gebracht hat.

Jürgen Dick



Werkstattgespräch mit den Ausstellungsmachern: Lisa Foege und Tobias Engelsing vom Rosgartenmuseum im Gespräch mit Jürgen Dick und Erich Liesecke vom Förderverein Erinnerungsstätte

Foto: Thalhoffer

Barrikadengemälde und Säbel der ersten deutschen Flotte

Wertvolle neue Leihgaben für die Dauerausstellung

Ausstellungen leben von ihren Exponaten. Egal wie informativ Ausstellungstafeln, Bilder, Modelle und nachgestellte Filmszenen sind – es ist die Faszination für die historischen Objekte, die viele Menschen anlockt. Die Zeugnisse und Überreste einer vergangenen Zeit lassen das Damals gegenwärtig wirken und machen das Früher greifbar.

Es war deshalb ein besonderer Glücksfall für die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, als ihr der Privatsammler Jan Grünberg zwei wertvolle Relikte der Revolution 1848/49 als langfristige Leihgabe anbot. Historische Objekte aus der Revolutionszeit

sind selten. Da die Revolution gewaltsam niedergeschlagen und die Erinnerung an sie zeitweise verdrängt oder von späteren Ereignissen überdeckt wurde, blieb vieles nicht erhalten, ist im Lauf der folgenden 175 Jahre verschollen, wurde verkauft, zerstört oder irgendwann einfach weggeworfen.

Doch nicht in diesem Fall: auch wenn man dem Gemälde einer Wiener Barrikade und dem Offizierssäbel der ersten deutschen Flotte ihr Alter ansieht, sind die beiden Exponate doch in einem bemerkenswert guten Zustand und bieten spannende Einblicke in das Jahr 1848/49.



Foto: Jan Grünberg

Das Wiener Barrikadengemälde öffnet den Betrachtenden den Blick auf einen Schauplatz, dessen revolutionäre Vergangenheit in Deutschland vielfach vergessen ist. Dabei gaben die Ereignisse in Wien der hierzulande ungleich bekannteren Berliner Märzrevolution einen wichtigen Impuls. Den Vordergrund der abgebildeten Barrikade dominiert eine weißgewandete, mit Schwert und Gewehr bewaffnete Frau. Vermutlich handelt es sich bei ihr um eine Darstellung der die deutsche Nation personifizierenden „Germania“. Doch sie kann genauso für die vielen Frauen stehen, die gerade auch in Wien beim Bau und der Verteidigung der revolutionären Barrikaden ihr Leben aufs Spiel setzten. Hinter ihr stehen mehrere Mitglieder der überwiegend aus Studenten gebildeten Akademischen Legion. Diese an den markanten schwarzen Federhüten mit schwarz-rot-goldener Kokarde erkennbaren Freiwilligen spielten während des Wiener Maiaufstandes und bei der Verteidigung des revolutionären Wiens gegen die kaiserlich-österreichischen Truppen im Herbst 1848 eine wichtige Rolle. Die schwarz-gold-roten Fahnen und Schärpen auf dem Bild sind übrigens kein Malfehler des unbekannten Künstlers: zwar waren die Farben Schwarz, Rot und Gold bereits seit den 1830er Jahren die Farben der deutschen Freiheits- und Nationalbewegung. Die heute vertraute Farbanordnung war 1848/49 aber noch nicht überall üblich.

Die Farben Schwarz, Rot und Gold schlagen auch den Bogen zu der zweiten Leihgabe: Der Offizierssäbel erinnert an die Gründung der ersten gesamtdeutschen Flotte, ein heute fast vergessenes Kapitel der Revolution, das damals ganz Deutschland mobilisierte. Die Flotte sollte unter den Farben Schwarz-Rot-Gold den Schiffen Dänemarks Paroli bieten, mit dem sich der deutsche Bund wegen der Frage der Zugehörigkeit von Schleswig und Holstein zu dem künftigen deutschen Nationalstaat im Krieg befand. Die Flotte sollte zugleich der ganzen Welt die Einheit und Stärke Deutschlands veranschaulichen. Die deutsche Marine-Begeisterung war groß. Überall bildeten sich Vereine, die Geld für den Bau von Kriegsschiffen sammelten. Regelmäßig ließ sich die Frankfurter Nationalversammlung von den Ergebnissen der Spendenaktionen berichten. Trotz knapper Mittel gelang es, praktisch aus dem Nichts, eine Flotte von etwa vierzig größeren und kleinen Kriegsschiffen und etwa tausend Mann Besatzung aufzubauen.

Die beiden neuen Exponate werden hoffentlich dazu beitragen, noch vielen Besucher*innen die dramatischen Ereignisse der Revolution 1848/49 zu veranschaulichen.

Andrej Bartuschka



Foto: Andrej Bartuschka

Die Rastatter Prozesse

Sonderausstellung des Bundesarchivs findet großes Interesse



Der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Martin, Elisabeth Thalhofer und der Präsident des Oberlandesgerichts Koblenz Thomas Henrichs bei der Ausstellungseröffnung.

Foto: OLG Koblenz

Die vom Bundesarchiv erarbeitete Sonderausstellung „Die Rastatter Prozesse – NS-Verbrechen vor Gericht“ war vom 8. September bis zum 9. November 2023 im Oberlandesgericht in Koblenz zu Gast. Der Präsident des Oberlandesgerichtes, Thomas Henrichs, hatte Elisabeth Thalhofer eingeladen, den Eröffnungsvortrag zu halten. Der rheinland-

pfälzische Minister der Justiz, Herbert Martin betonte in seinem Grußwort die Bedeutung solcher Ausstellungen: „In Zeiten, in denen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt vermehrt über rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen berichtet wird, müssen wir die schrecklichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes stets vor Augen haben. Auch in der rheinland-pfälzischen Justiz engagieren wir uns mit verschiedenen Projekten stark gegen das Vergessen.“

Die Ausstellung wurde im vergangenen Jahr vom 16. September bis 9. November 2022 bereits im Foyer des Pfälzischen Oberlandesgerichts ausgestellt. Im Frühjahr 2024 wandert sie zum Oberlandesgericht nach Karlsruhe weiter.

Auch das Museum im Ritterhaus präsentierte die von der Erinnerungsstätte erarbeitete Sonderschau vom 13. Mai bis 12. November 2023. Elisabeth Thalhofer beendete die Ausstellung in diesem Fall mit einem Vortrag bei der Finissage. Dr. Valerie Schoenenberg und ihr Team hatte die Präsentation im Museum am Ritterhaus mit einem eigenen Ausstellungsteil bereichert. Zahlreiche beeindruckende Objekte und Informationen zu den Ereignissen in Offenburg nach Kriegsende schufen so einen besonderen lokale Bezug.

Elisabeth Thalhofer



Museumsleiterin Valerie Schoenenberg und Stadtarchivarin Regina Brischle in der Sonderausstellung im Museum im Ritterhaus in Offenburg.

Foto: Thalhofer

Bundesarchiv-Erinnerungsstätte präsentierte sich auf der **Bildungsmesse didacta** in Stuttgart

Die Erinnerungsstätte war 2023 unter Federführung der in Berlin ansässigen Abteilung „Vermittlung und Forschung“ des Bundesarchivs erstmals auf der Bildungsmesse „didacta“ in Stuttgart vertreten. Als Europas größte Bildungsmesse gibt die didacta einen umfassenden Einblick in das deutsche Bildungswesen von der frühkindlichen über die schulische Bildung bis hin zur beruflichen Aus- und Weiterbildung. Vom 7. bis 11. März hatten die insgesamt 56.000 Besuchenden Gelegenheit, die Angebote von 730 ausstellenden Institutionen, Lehrmittelherstellern und Bildungsträgern kennenzulernen und auszuprobieren.

Zu den thematischen Schwerpunkten der Messe – Digitalisierung und Demokratiebildung – konnte das Bundesarchiv viel beitragen. Nicht nur die Recherchemöglichkeiten, sondern auch die Fülle an digitalisiertem Archivgut waren dabei von besonderem Interesse. Die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte warb mit ihren zahlreichen didaktischen Arbeitsmaterialien, z.B. der „Debatte zur Staatsgründung“, dem „Geschichtspuzzle“ oder dem „Lerngang zu den Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert“ darum, sich der europäischen Revolution 1848/49 gerade anlässlich des 175. Jubiläums am historischen Ort in Rastatt zu nähern. Darüber hinaus konnte die Erinnerungsstätte auch mit ihrem Angebot von Thementagen zur Demokratiebildung punkten.

Das gesamte Team der Erinnerungsstätte war zusammen mit Kolleg*innen der Standorte Berlin, Koblenz und Ludwigsburg bei der didacta im Einsatz. Von den zahlreichen Beratungen am Messestand wie auch Gesprächen mit Kolleg*innen anderer Einrichtungen konnten alle profitieren.

Martina Schinke



Martina Schinke am Messestand des Bundesarchivs auf der didacta in Stuttgart.

Foto: Hambuch



Alexander Danner und Elisabeth Thalhofer auf der didacta

Foto: Bundesarchiv

Historische Dimensionen von Freiheit selbst entdecken

Was bietet die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte einer Schulklasse bei ihrem Besuch?



Schülerinnen in der Ausstellung

Foto: BArch B 198 Bild-2017-0221-026

Freiheit ist ein vielgebrauchtes Wort in den aktuellen Diskussionen. Ob Corona-Maßnahmen, Ukraine-Krieg oder ein Tempolimit auf Autobahnen, das Schlagwort „Freiheit“ wird für die ganz großen Argumentationsstränge gerne und voller Verve herangezogen. Die historische Dimension dieses Grundbegriffs der Geschichte wird dabei offenbar vorausgesetzt. Die einmal mehr, einmal weniger naheliegende Dramatik der Tonlage würde sonst nicht funktionieren.

Aufgabe des Geschichtsunterrichts ist es auch, junge Lernende dazu zu befähigen, reflektiert den Diskussionen der Gegenwart folgen zu können. Wie weit zurück solche Diskussionen reichen können, zeigt das diesjährige 175-jährige Jubiläum der europäischen Revolutionen von 1848. Damals wurden Freiheitsrechte in Verfassungen niedergeschrieben, mussten gegen militärische Offensiven verteidigt werden – und schließlich den Rückzug antreten. Freiheit in Gefahr! – wie auch ein Thementag heißt, den Schulklassen der Oberstufe in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte buchen können. Im täglichen Unterricht selbst nämlich droht dieses Thema nach dessen Kürzung in den aktuellen Bildungsplänen zu einem Randdasein verurteilt zu werden. Und das trotz vieler bedeutender regionalgeschichtlicher Bezüge in Baden wie in Württemberg. Man denke nur an die Offenburger Versammlung, den Heckerzug von Konstanz aus, das Rumpfparlament in Stutt-

gart und das Ende der Revolution in der Festung Rastatt. Freiheit also auch hier in Gefahr? Der „Leitfaden Demokratiebildung“ des Kultusministeriums Baden-Württemberg, der neu die einzelnen Schulfächer zu einer starken Einbeziehung demokratischer Praktiken und Kenntnisse verpflichtet, steht dem entgegen und geht von einer intensiven Beschäftigung mit der historischen Dimension freiheitlich-demokratischer Grundideen aus.

Hier setzt die Museumspädagogik in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte an und lädt dazu ein, vor Ort in Rastatt entscheidende Phasen der deutschen Geschichte ergänzend zum Unterricht zu vertiefen. Die Ausstellung legt einen Schwerpunkt auf die Revolution von 1848 mit ihrem badischen Nachgang von 1849. Die Räumlichkeiten im Residenzschloss im Herzen der Stadt bieten selbst bereits ein Spannungsspiel zwischen Absolutismus und den demokratischen Bewegungen, denen vor Ort nachgespürt werden kann.

Arbeitsformen je nach Vorwissen der Lernenden

Der Schwerpunkt aller Materialien, welche die Museumspädagogik vorhält, liegt dabei auf der selbstständigen Entdeckung und Erarbeitung der Ausstellung. Auch so übt sich bereits die demokratische Eigenverantwortung ein! Die Vielfalt der Materialien nimmt die Vielfalt des Vorwissens der Schulgruppen auf. Vom einfachen Basisniveau über kreative Zugänge bis zum vollständigen Thementag für Abiturient*innen reicht das Spektrum der verfügbaren Arbeitsformen. Hat eine Klasse noch wenig Vorwissen, bietet sich eine Führung durch die Ausstellung an (ca. 60 Minuten). Im Anschluss wird diese durch ein Quiz, einen Lerngang oder die gemeinsame Lösung eines Bildpuzzles selbstständig vertieft (je nach gewählter Arbeitsform 60 bis 120 Minuten). Für die Nachbesprechung mit der Lehrkraft stehen Arbeitsräume zur Verfügung. Ist das Thema im Unterricht bereits ausführlicher behandelt worden, können kreative Aufgaben eingesetzt werden: Ein Radio-/Podcast-Interview mit einer (fiktiven) historischen Gestalt verbindet Logiken der Zeit mit den Fragen der heutigen Lernenden (Mittelstufe). Eine Imageberatung verhilft den damaligen Parlamentariern der Paulskirche, die Errungenschaften ihrer Freiheitsideen besser zu vermitteln und nachhaltiger zum Erfolg zu führen.



Schüler*innen eines Geschichtskurses führen sich gegenseitig durch die Ausstellung zu den Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert. Philipp Stahlhut (l.) begleitet die Klasse.

Foto: Evi Mazziol

ren (Oberstufe). Und ganz neu führt ein Lernkrimi tief hinein in die Atmosphäre von 1819 bis 1849 und bindet Ausstellungsstücke und erklärende Texte in eine spielerische Ermittlungsarbeit ein. Ein erfolgreicher Besuch der Erinnerungsstätte hängt also von der gezielten Auswahl des passenden Materials für die jeweilige Lerngruppe ab. Die bisherigen Erfahrungen haben aber gezeigt, dass die selbstständigen Arbeitsformen mit den Exponaten der Erinnerungsstätte für eine hohe Motivation der Lernenden sorgen. Die Komplexität mancher Inhalte bringt es allerdings mit sich, dass Lehrkräfte die Einzelgruppen beraten und begleiten sollten. Gelegentlich hat es sich gezeigt, dass die eigenständige Arbeit noch etwas ungewohnt ist und manch einen zur schnellen Lösung einer Aufgabe verführt. Doch genau hier setzt das Ziel der Museumspädagogik an: Selbstverständlichkeiten unserer heutigen freiheitlichen-demokratischen Grundordnung nicht einfach für gegeben zu halten, sondern einen Sinn dafür zu erarbeiten (und das ist manchmal tatsächlich echte Arbeit), dass sie eine lange Tradition in der deutschen Geschichte haben, sie dabei lange erkämpft werden mussten, sie in ihrem Bestand stets gefährdet waren, und sie lange Zeit auch vehement unterdrückt wurden.

Freiheitsbewegungen in der DDR

So erklärt sich auch der zweite Teil der Ausstellung: Die Freiheitsbewegungen in der DDR. Rastatt dürfte für viele Baden-Württemberger der Ort sein, an dem sie am schnellsten vor einem Originalabschnitt der Berliner Mauer stehen können! Auch

140 Jahre nach der Paulskirche erkämpften Deutsche ihre Freiheitsrechte, auch dann noch waren sie alles andere als selbstverständlich. Für diesen Ausstellungsteil gibt es eigene, im Ansatz aber vergleichbare Materialien. In der Regel wird man aber nur einen Teil der beiden Ausstellungsteile besuchen, ist für ein Wiederkommen zum anderen herzlich eingeladen.

Philipp Stahlhut

Philipp Stahlhut ist Geschichtslehrer am Ludwig-Wilhelm-Gymnasium Rastatt, Fortbildner am Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL) und Geschichtsvermittler der Erinnerungsstätte.



Bei der „Debatte zur Staatsgründung“ schlüpfen die Teilnehmenden in die Rolle von Abgeordneten der Paulskirche.

Foto: BArch B 198 Bild-2017-0221-028

Schülerpraktikum in der Erinnerungsstätte



Luca Laser absolvierte vom 22. bis 26. Januar 2024 ein Praktikum in der Erinnerungsstätte. Hier steht er vor dem Exponat, das ihn besonders beeindruckt hat: Das Schwarze Buch, in dem von 1833 bis 1838 „politisch auffällige“ Personen verzeichnet wurden.

Foto: Thalhofer

Mein Name ist Luca Lars Laser und bin 16 Jahre alt. Ich komme aus Gelsenkirchen und genieße mein vorletztes Schuljahr auf dem Annette von Droste-Hülshoff Gymnasium. Als ich mich intensiv nach einem geeigneten Praktikumsplatz auf die Suche machte, stieß ich nach meinen Recherchen auf die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegung in der deutschen Geschichte.

Nachdem ich meine Bewerbung abgeschickt hatte, bekam ich bereits in den darauffolgenden Tagen die Bestätigung. Ich hatte die Chance eine Woche lang Praktikum in der Erinnerungsstätte Rastatt durchzuführen und mich dort auf Spurensuche über die Revolution 1848/1849 zu begeben. Fünf Stunden fuhr ich von Gelsenkirchen nach Rastatt, das war es mir wert.

Während der Zeit in der Erinnerungsstätte hat mich ein Exponat besonders beeindruckt: „Das Schwarze Buch“. Es ist ein Verzeichnis der Zentralen Untersuchungsbehörde des Deutschen Bundes von 1.867 politisch auffälligen Personen; sie wurden in einer tabellarisch geführten Liste wegen unterschiedlicher Verstöße registriert.

In der Zeitspanne von 1833 bis 1838 wurde zum Beispiel das verbale Fordern von Reformen, insbesondere Meinungsfreiheit und Verfassungsrecht als solch ein Verstoß gewertet, genauso wie die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft.

Der Schriftsteller Heinrich Laube ist im „Schwarzen Buch“ aufgeführt. Er geriet durch seine liberale Überzeugung in Konflikt mit den autoritären Strukturen seiner Zeit, weshalb er mit Zensur und Verfolgung leben musste.

Wieso beeindruckt mich dieses Exponat so sehr? Ich bewundere die Taten unserer Vorfahren sehr, sie setzten sich für Meinungsfreiheit, durch eine Verfassung garantierte Rechte, parlamentarische Vertretung sowie soziale Gerechtigkeit, nationale Einheit und wirtschaftliche Reformen ein. Dies sind Begriffe, die für uns selbstverständlich sind, aber auch nur, da Menschen ihr Leben und ihre Energie für ihren Traum gaben. Mit einem Blick in das „Schwarze Buch“ wurde mir klar, wie wichtig es ist, die Rechte, die wir heute selbstverständlich besitzen, zu wertschätzen und dankbar zu sein gegenüber denjenigen, die sich dafür eingesetzt haben.

Luca Laser

Besuch Minister Danyal Bayaz



V.l.n.r.: der Vorsitzende des Fördervereins, Gunter Kaufmann, Minister Dr. Danyal Bayaz, der Direktor Kommunikation des Bundesarchivs, Dr. Robin Mishra sowie die Leiterin der Erinnerungsstätte, Dr. Elisabeth Thalhoffer

Fotos: Dr. Alexander Jordan

Der Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Danyal Bayaz, besuchte am 15. August 2023 das Rastatter Barockschloss. Als wichtiges Kulturerbe des Landes gehören die Unterhaltung und Pflege des Schlosses zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen. Mit Blick auf das 175-jährige Jubiläum der Badischen Revolution im Jahr 2024 ließ sich der Minister nach Besichtigung der Prunkräume und der Schlosskirche auch die Dauerausstellung der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte zeigen.

Der Direktor Kommunikation, Dr. Robin Mishra, war aus Berlin angereist, um Minister Bayaz zu begrüßen. Mishra dankte für die gute Kooperation am Standort Rastatt und thematisierte die Bemühungen des Bundesarchivs, sämtliche Ausstellungsbereiche allen Besucher*innen zugänglich zu machen und die Barrierefreiheit zu verbessern. Beim Rundgang durch die Ausstellung zur Revolution von 1848/49 erinnerte die Leiterin der Erinnerungsstätte, Elisabeth Thalhoffer, daran, welche zentrale Rolle Rastatt in der Revolution gespielt hatte.

„Ich fühle mich geflasht, nehme viel mit und habe viel gelernt“, zeigte sich Minister Bayaz sichtlich beeindruckt von dem Gesehenen und Gehörten. Im Gästebuch der Erinnerungsstätte hinterließ der baden-württembergische Finanzminister lobende Worte und einen bestärkenden Wunsch: „Ich bin

sehr beeindruckt gewesen vom Gang durch die Geschichte der deutschen Freiheitsbewegung. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der weiteren Arbeit. Sie ist unglaublich wichtig, denn sie macht deutlich, dass die Freiheit immer wieder jeden Tag auf's Neue erkämpft und verteidigt werden muss.“

Elisabeth Thalhoffer



Finanzminister Dr. Danyal Bayaz und Dr. Elisabeth Thalhoffer beim Rundgang durch die Ausstellung.

MdL Thomas Hentschel zu Gast in der Erinnerungsstätte



Thomas Hentschel (r.) besuchte im Jubiläumsjahr 2023 mit Kolleg*innen aus dem baden-württembergischen Landtag die Erinnerungsstätte.

Foto: Thalhofer

Mit drei unterschiedlichen Gruppen besuchte Thomas Hentschel, Landtagsabgeordneter der Grünen, im Jubiläumsjahr der Revolution von 1848/49 den besonderen Erinnerungsort in seinem Wahlkreis. Die Kolleg*innen aus dem Landtag zeigten sich beeindruckt von dem Gesehenen. So hinterließen die Teilnehmenden des Arbeitskreises Justiz, Verfas-

sung, Migration der Fraktion Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg einen bedenkenswerten Gruß im Gästebuch: „Was kann Politiker*innen besser anstehen, als sich immer wieder der demokratischen Wurzeln und Geschichte zu vergewissern!“



Der Landrat des Saarpfalz-Kreises, Dr. Theophil Gallo (Mitte), Mitglieder der Siebenpfeiffer Stiftung, der Kommission für saarländische Landesgeschichte und der Universität des Saarlandes besuchten die Erinnerungsstätte

Foto: Siebenpfeiffer Stiftung, Baus

Im September 2023 konnte Elisabeth Thalhofer Mitglieder der Siebenpfeiffer-Stiftung, der Kommission für saarländische Landesgeschichte und des Lehrstuhls für Neuere Geschichte an der Universität des Saarlandes von Prof. Dr. Gabriele Clemens in der Erinnerungsstätte begrüßen.

Der Landrat des Saarpfalz-Kreises, Dr. Theophil Gallo, würdigte die Existenz demokratiegeschichtlicher Lern- und Erfahrungsorte angesichts eines erstarkenden und die Demokratie gefährdenden Extremismus, der in der Gesellschaft zu beobachten sei.

Landrat Christian Dusch besucht die Erinnerungsstätte

Landrat Prof. Dr. Christian Dusch besuchte am 4. April 2023 die Erinnerungsstätte. Dr. Elisabeth Thalhofer und Prof. Gunter Kaufmann führten ihn durch die Dauerausstellung. Der Landrat zeigte sich beeindruckt von den Exponaten. „Mit der Erinnerungsstätte haben wir in Rastatt einen Markstein der Demokratiebewegung in Deutschland. Dieser Standort des Bundesarchivs und die Tatsache, dass die amtierenden Bundespräsidenten diese immer wieder aufsuchen, unterstreichen die gesamtdeutsche Bedeutung der Erinnerungsstätte“, so Dusch.

Thalhofer und Kaufmann führten Landrat Dusch auch zum Gedenkstein für die erschossenen Freiheitskämpfer, der sich auf dem Gelände des Rastatter Klinikums im so genannte Patientengarten befindet. Gemeinsam kam man überein, das Denkmal instand setzen zu lassen.

Elisabeth Thalhofer



Landrat Prof. Dr. Christian Dusch, Dr. Elisabeth Thalhofer und Prof. Gunter Kaufmann in der Dauerausstellung der Erinnerungsstätte (v.l.n.r.) Foto: Danner

Jahreshauptversammlung des Fördervereins – Mitglieder in das 175-jährige Revolutionsjubiläum einbezogen

„Unser Verein lebt von seinen Mitgliedern, die die Erinnerungsstätte unterstützen, ob als Veranstaltungsteilnehmer*innen und Multiplikatoren, als Referenten oder Geschichtsvermittler*innen“, begrüßte der Vorsitzende, Gunter Kaufmann, die Teilnehmenden der Jahreshauptversammlung des Fördervereins am 23. Februar 2023.

Mit dem frühen Termin der Versammlung wollte der Verein nach dreijähriger coronabedingter Verlegung auf den Herbst zum satzungsmäßig vorgeschriebenen Turnus, die Jahreshauptversammlung in der ersten Hälfte des jeweiligen Geschäftsjahres durchzuführen, zurückkehren.

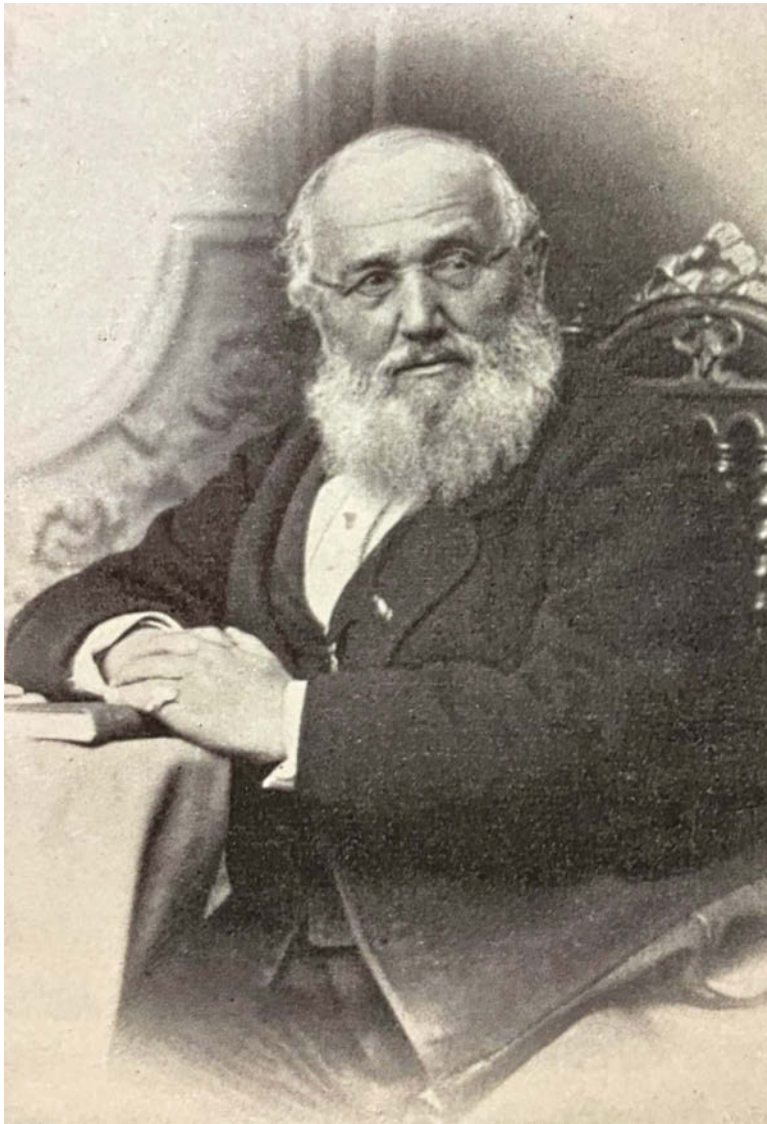
Erfreut zeigte sich Gunter Kaufmann darüber, dass sich eine Reihe von Mitgliedern in die Vorbereitung und Durchführung des 175-jährigen Revolutionsjubiläum 1848/49 mit Vorträgen, Spezialführungen oder der Mitarbeit an Sonderausstellungen direkt einbringen. Er bedauerte, dass die Mitgliederzahl allerdings weiterhin rückläufig sei. Zum 31. Dezember 2022 hatte der Förderverein 208 Mitglieder.

Gunter Kaufmann schloss die Sitzung mit der Hoffnung, dass die Jubiläumsfeierlichkeiten der Revolution 1848/49 viele Besucher*innen, besonders Schulklassen, in die Erinnerungsstätte ziehen wird.

Martina Schinke

Freiheitskolumne

Vor 175 Jahren: Ein Professor des Rastatter Gymnasiums dokumentiert Stadtgeschichte



Professor C.B.A Fickler nach einer Photographie

Quelle: Aus Friedrich Walter, Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart, Verlag der Stadtgemeinde Mannheim, 1907

Die Aufzeichnungen von C.B.A. Fickler gehören zu den bedeutenden Quellen badischer Revolutionsgeschichte

Der Aufstand der Rastatter Soldaten vom Mai 1849 gehört neben dem Rastatter Frieden von 1714 und dem Friedenskongress von 1797/99 zu jenen drei Rastatter Ereignissen, die auch in den deutschen Geschichtsbüchern ihren Niederschlag fanden. Die Erinnerung an die Revolution vor 175 Jahren wird in diesem Jahr eine besondere Rolle spielen. Eine der wichtigsten Quellen für diesen Teil der Rastatter Stadtgeschichte sind die Aufzeichnungen von Carl Borromäus Alois Fickler (*1809 in Konstanz, †1871 in Mannheim), der zu jener

Zeit als Professor am Rastatter Lyzeum, dem heutigen Ludwig-Wilhelm-Gymnasium, lehrte. Fickler stammte aus einer armen Tiroler Familie und hat am Gymnasium in Konstanz sein Abitur abgelegt. Danach studierte er Philosophie und Theologie in Freiburg. Nach seiner Priesterweihe zog es ihn jedoch in den Schuldienst an die Gymnasien in Donaueschingen, Rastatt und später Mannheim. Er wohnte in Rastatt gegenüber der evangelischen Stadtkirche im Anwesen von Theresia Gaß, das heute der Stadtbibliothek dient.

Fickler schildert uns den Aufstand der Soldaten in der Festung Rastatt, der als Initialzündung für die badische Revolution anzusehen ist. Er hält sich allerdings auch mit seiner Bewertung der Ereignisse aus streng konservativer Sicht nicht zurück. Für ihn war der Kampf für Freiheitsrechte und Demokratie ein zu missbilligender Versuch, die Volksherrschaft in Baden zu etablieren. Fickler war dennoch ein sehr scharfsinniger Beobachter des Geschehens in Rastatt. So berichtet er als damaliger Augenzeuge ausführlich von der Verbrüderung der Soldaten mit den Bürgern vor den Toren der Stadt, von dem Kampf an der Murg gegen die preußischen Invasionstruppen sowie von der Belagerung der Festung bis zu deren Kapitulation. Als die preußischen Standgerichte über die Revolutionäre urteilten, wurde Fickler von dem preußischen Kommando wohl aufgrund seiner örtlichen Kenntnisse zum Verteidiger der Delinquenten bestellt.

Das Schicksal der Standrechtsoffer war ihm sicher nicht gleichgültig, war doch sein Bruder Josef einer der Initiatoren des badischen Aufstandes. Josef Fickler, der als Redakteur der „Bodensee-Blätter“ den Heckeraufstand mit vorbereitete, gehörte 1849 als einer der führenden Köpfe auch dem Landesvorstand (Landesausschuss) der revolutionär gesinnten badischen Volksvereine an.

Nach der Niederschlagung der Revolution flüchtete Josef Fickler in die Schweiz. Die beiden Brüder versinnbildlichen damit geradezu symbolisch das Spannungsfeld der Auseinandersetzung in Baden: Josef als Agitator und feuriger Kämpfer der Freiheitsbewegung und auf der anderen Seite Carl Alois, ein Historiker, der für Volksherrschaft und Demokratie absolut kein Verständnis zeigte.

Die Memoiren von C.B.A. Fickler sind 1853 unter dem Titel „In Rastatt 1849“ im Rastatter Verlag von W. Hanemann erschienen. Wegen ihrer Authentizität sind sie eine wichtige Quelle für die historische Aufarbeitung der Ereignisse. Auch dienen

sie einigen seiner Zeitgenossen bei der Veröffentlichung ihrer eigenen Lebenserinnerungen als Vorlage. So schreibt beispielsweise Otto von Corvin – seinerzeit „Chef des Generalstabes“ der Aufständischen in der Rastatter Festung – in den „Erinnerungen aus dem Leben eines Volkskämpfers“: „Der Verfasser (Fickler) gehört der entgegengesetzten Partei an; allein sein Buch ist mit mehr Mäßigung und Wahrheitsliebe abgefasst, als wir es sonst von dieser Seite gewohnt sind. ... Ich finde darin ... nirgends eine absichtliche Entstellung der Wahrheit, wenn man von der des Verfassers Standpunkte angemessenen Darstellungsweise abstrahiert.“

Auch Albert Förderer, ein Schüler von Fickler am Rastatter Lyzeum und später katholischer Pfarrer in Lahr sowie Landtagsabgeordneter, übernimmt stellenweise fast wörtlich Texte von Fickler in seinem Buch „Erinnerungen aus Rastatt 1849“. Er schreibt über Fickler, der ihn in den Fächern Latein und Geschichte unterrichtete: „Unser Fickler war kein Revolutionär. Früher war er geistlicher Professor am Gymnasium in Donaueschingen gewesen und hat dann nach seiner Versetzung an das Lyzeum Rastatt den geistlichen Rock ausgezogen. Er war

ein vielseitig gebildeter, geistreicher, recht angenehm ansprechender Lehrer, der sich in Achtung zu setzen wusste. Bei seiner Lehrsüchtigkeit und seinem leutseligen jovialen Benehmen tat ihm seine ins Eitle übergehende Sorgfalt auf sein Äußeres wenig Abtrag.“

Fickler war Junggeselle und besuchte zum Mittagstisch regelmäßig Rastatter Lokalitäten, wo er den Kontakt mit den örtlichen Honoratioren pflegte. Er war nach den Berichten von Albert Förderer wegen seines Humors und der treffenden Witze ein gern gesehener und gesuchter sowie offensichtlich angenehmer Gesellschafter für die maßgebenden Personen der Stadt. Während der Belagerung der Festung waren dies auch der Festungsgouverneur Tiedemann und die höheren Offiziere. Ihnen gegenüber hat er manch offenes Wort gewagt und auch zur Kapitulation geraten, als die Lage hoffnungslos war. Schon im Jahr 1851 hat Fickler Rastatt verlassen. Er lebte bis zu seinem Tod in Mannheim, wo er ebenfalls als Historiker im öffentlichen Leben seine Anerkennung fand.

Gunter Kaufmann

Geschichtsvermittler*innen gesucht!

Die Bundesarchiv-Erinnerungsstätte sucht Verstärkung für ihr Team der Geschichtsvermittler*innen! (auf Honorarbasis)

Wenn Sie Interesse an Geschichte und Freude an Kommunikation mit ganz unterschiedlichen Menschen haben, freuen wir uns über Ihre Bewerbung. Fremdsprachenkenntnisse (vor allem Englisch oder Französisch, gerne auch andere) sind besonders erwünscht, jedoch keine Voraussetzung für Ihre Mitarbeit.

Vor der Pandemie ließen sich pro Jahr etwa 160 Gruppen durch die beiden Ausstellungsteile über „Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert“ und „Freiheitsbewegungen in der DDR“ führen. Schüler*innen oder Teilnehmer*innen der historisch-politischen Erwachsenenbildung gehören genauso zu den Gruppen, die die Erinnerungsstätte besuchen, wie Touristen und Familien.

Wir haben den Begriff „Geschichtsvermittler*innen“ bewusst gewählt, weil es um mehr als eine Führung gehen soll: Sie berichten über die Ereignisse der Revolution 1848/49 bzw. der friedlichen Revolution 1989 und ihre Protagonisten, bleiben aber offen für Fragen. Sie finden Wege, Interesse für besondere Spuren der Vergangen-

heit zu wecken, und erläutern den historischen Kontext, gern auch im Gespräch. In jedem Fall erwarten Sie anregende Begegnungen.

Wir bemühen uns um eine langfristige Terminplanung, aber Sie sollten zeitlich flexibel sein.

In Ihre Aufgaben werden Sie sorgfältig eingearbeitet: Hospitationen bei und Tandemführungen mit erfahrenen Geschichtsvermittler*innen sowie Probeführungen ohne Publikum sind möglich. Mit Literatur aus der Fachbibliothek der Erinnerungsstätte und Materialien zu den Ausstellungsthemen können Sie jederzeit Ihre Kenntnisse vertiefen.

Informationen zur Ausstellung, zur Tätigkeit als Geschichtsvermittler*in und zu den Führungsthemen erhalten Sie per E-Mail an erinnerung@bundesarchiv.de sowie auf unserer Website www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette.

Machen Sie mit! Wir freuen uns darauf, Sie kennenzulernen!

**PUR heißt,
kleiner Einsatz,
große Freude.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Gewinnsparen – die clevere Kombination:

- Jeden Monat die Chance auf tolle Gewinne
- Monatlich vom Lospreis 4 Euro sparen
- Gemeinnützige Projekte in der Region unterstützen

volksbank-pur.de/gewinnsparen



Volksbank pur
persönlich und regional

Terminhinweise



März

Podiumsgespräch

„Die Rastatter Prozesse: Kriegsverbrecher vor Gericht“ – Ein Blick hinter die Kulissen des Dokudramas und Gespräch

Regisseurin Judith Voelker

6. März 2024, 19:00 Uhr

Ort: Haus Silber, Stuttgart

Kuratorenführung durch die Sonderausstellung „Schicksalsorte und Lebenswege der Achtundvierziger. Bilder aus der Privatsammlung Dieter Ante“

7. März 2024, 17:00 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Vortrag Peter Joseph Osterhaus (1823–1917) und August Willich (1810–1878)

– Arbeitspferde für die Republik

Prof. Dr. Wolfgang Hochbruck
(Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

21. März 2024, 18:30 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

April

Vortrag Revolution in Rastatt – eine Spurensuche im Schloss, Dr. Jürgen Dick

7. April 2024, 14:30 Uhr

Ort: Residenzschloss Rastatt

(Schloss, WGM und Erinnerungsstätte)

Kuratorenführung durch die Sonderausstellung „Schicksalsorte und Lebenswege der Achtundvierziger. Bilder aus der Privatsammlung Dieter Ante“

11. April 2024, 17:00 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Vortrag Henriette Obermüller-Venedey (1817–1893) – eine überzeugte, „fanatische“ Demokratin und unbeirrbar Revolutionärin, Birgit Bublies-Godau (Ruhr-Universität Bochum)

18. April 2024, 18:30 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Mai

Vortrag Johanna Kinkel (1810–1858) und Gottfried Kinkel (1815–1882) – ein Künstlerpaar zwischen revolutionärem

Enthusiasmus und Familienalltag

Prof. Dr. Hermann Rösch (TH Köln)

16. Mai 2024, 18:30 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Theater „Freiheit! 1848. Ein europäischer Traum“, Theater Axensprung

17. + 18. Mai 2024, 19:30 Uhr

Ort: Reithalle Rastatt, Theatersaal

Internationaler Museumstag
Kostümführung mit der Geschichtstheatergesellschaft e.V.

19. Mai 2024, 14:30 Uhr

Ort: Erinnerungsstätte Rastatt

Unterstützen Sie die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte – werden Sie Mitglied im Förderverein! (Jahresbeitrag: Einzelmitglieder 25,- €; Ehepaare/Lebensgemeinschaften 30,- €; Schüler/Studenten 10,- €)

Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V., Herrenstraße 18 / Residenzschloss, 76437 Rastatt

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 85ZZ 2000 0065 5323

Mandatsreferenz: (neu zu vergebende Mitgliedsnummer)

SEPA-Lastschriftmandat (Wiederkehrende Zahlungen)

Ich ermächtige den Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Name / Vorname (Kontoinhaber)	Name Kreditinstitut
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Straße / PLZ / Ort (ggf. Land)	SWIFT/BIC (8 oder 11 Stellen)
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
E-Mail	IBAN (in Deutschland 22 Stellen)
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Geburtsdatum	Ort, Datum und Unterschrift

☒ Pflichtfelder – Abschnitt per Post an: Förderverein Erinnerungsstätte e.V., c/o Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Herrenstraße 18 / Residenzschloss, 76437 Rastatt oder per E-Mail an: fvee.freiheitsbewegungen@t-online.de

